



Der Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin
für Politik,
Wirtschaft,
Wissenschaft
und Kultur

Ausgabe 5
49. Jahrgang / 2013

Postvertriebsstück 82706 | Einzelpreis 7,50 EUR



Norbert Lammert: Kein Denkmalschutz für Politiker
Horst Seehofer: Zukunftsvision Bayern
Ilse Aigner: Teller statt Tonne
Georg Fahrenschon: Nicht in fremde Kassen greifen
Rainer Brüderle: Provokation Bayreuth
Nikolaus Bachler: Zwillingsterne Wagner und Verdi

Veranstaltungsvorschau

2013



Mittwoch, 10. Juli 2013
Prof. Dr. Hermann Scheuringer
 Sprachwissenschaftler an der
 Universität Regensburg



Mittwoch, 18. September 2013
Prof. Dr. Rudolf Mellinghoff
 Präsident des Bundesfinanzhofes



Donnerstag, 10. Oktober 2013
Energiekonferenz



Mittwoch, 23. Oktober 2013
Peutinger-Symposium
 „Made in Germany: Urbanisierung“



Donnerstag, 7. November 2013
Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel
 ehem. Präsident des Bundesverbandes
 der Deutschen Industrie (BDI)



Mittwoch, 11. Dezember 2013
Großer Rat und Convent
(Jahresmitgliederversammlung)

2014



Mittwoch, 15. Januar 2014
Shi Mingde
 Botschafter der Volksrepublik China in Berlin



Donnerstag, 30. Januar 2014
General Hans-Lothar Domröse
 Oberbefehlshaber über das Allied Joint Force
 Command Brunssum



Dienstag, 11. Februar 2014
Stephan Gemkow
 Vorstandsvorsitzender Haniel-Holding



Mittwoch, 12. März 2014
Dr. rer. pol. Kurt Bock
 Vorstandsvorsitzender BASF



Donnerstag, 3. April 2014
Prof. Dr. Wolfgang M. Heckl
 Generaldirektor des Deutschen Museums



Mittwoch, 4. Juni 2014
Dr. Christoph Franz
 Vorstandsvorsitzender
 Deutsche Lufthansa AG

Alle Veranstaltungen im Hotel Bayerischer Hof/Palaishalle und Königssaal ab 18 Uhr, soweit nicht anders angegeben!
 Terminänderungen vorbehalten. Bitte zeitnahe Ankündigungen auf der Homepage www.peutinger-collegium.de beachten!

Impressum



Der
Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin
 für Politik,
 Wirtschaft,
 Wissenschaft
 und Kultur

Redaktion

Peter Schmalz (Chefredakteur)
 Thomas Breitenfellner
 Michael Weiser
 Farchanter Straße 35
 D-81377 München
peter.schmalz@gmx.net
 Leserbriefe an die Redaktion

Herausgeber

Dr. Marcus D. Ernst
 Präsident Peutinger-Collegium e.V.

Verlag/Gestaltung/Realisierung

NBB Kommunikation GmbH
 Ridlerstraße 33
 80339 München
info@nbbkommunikation.de
www.nbbkommunikation.de

Anzeigen/Druckunterlagen

Peter Zeck
 Pfarrer-Kneipp-Hof 8
 96049 Bamberg
 Tel.: 0951/530 61
 Fax: 0951/530 41
peter_zeck@yahoo.de

Druck

FIBO Druck- und Verlags GmbH
 Fichtenstraße 8
 82061 Neuried
 Tel.: 089/30 79 97 0
info@fibodruck.de
www.fibodruck.de

Bezugspreis ist im
 Mitgliedsbeitrag enthalten



„Das Peutinger-Collegium ist ein starkes Stück Bayern, ich danke Ihnen für Ihr Engagement“: Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer bei den Peutingern, begrüßt und begleitet von Peutinger-Präsident Marcus Ernst (li.) und Präsidiumsmitglied Robert Salzl. Mehr über den Abend im Münchner Westin Grand auf den Seiten 10 bis 12.

Hohe Zeit der Demokratie

In wenigen Wochen, zum Ausklang des Sommers, beginnt eine hohe Zeit der Demokratie. Noch nie zuvor konnten die bayerischen Bürger in so kurzer Zeit bei so vielen Wahlen ihre Stimme abgeben. Das vierfache Wählen startet bereits am 15. September mit der bayerischen Landtagswahl. Was vor einem Jahr, als Münchens Oberbürgermeister Christian Ude auch zur Überraschung der eigenen Parteifreunde sich selbst zum SPD-Spitzenkandidaten ausrief, noch ein offenes Rennen der CSU gegen eine oppositionelles Dreierbündnis versprach, hat an Spannung verloren: Ude kann kaum punkten, Seehofer hat gute Chancen, die CSU wieder zur Alleinregierung zu führen.

Kaum anders die Lage im Bund: SPD-Kandidat Peer Steinbrück kämpft vor allem mit sich selbst, seiner Partei und seinem Wahlkampfteam, während Angela Merkel souverän europa- und weltweit ihre Spur zieht. Die eigentliche Überraschung dieses Wahlkampfes um die Macht in Berlin: Die Bundeskanzlerin kann wieder auf eine Fortsetzung des schwarz-gelben Bündnisses hoffen.

Im März folgt in Bayern die Kommunalwahl mit wohl nur zwei interessanten Fragen: Kann die SPD

nach dem Abgang von OB Ude das Münchner Rathaus halten, oder schafft die CSU eine Sensation. Und werden, zweitens, die Freien Wähler für die landes- und bundesweiten Kapriolen ihres Anführer Aiwanger abgestraft?

Die vierte und letzte Wahl ist schließlich die Europawahl im Juni 2014. Der Europafrust ist mit Händen zu greifen. Können die Parteien den Wähler nochmals begeistern, oder sinkt die Wahlbeteiligung noch unter die blamablen 43,3 Prozent von 2009? Mit sicherem Gespür schwenkt die Bundeskanzlerin gerade vom Ruf nach noch mehr Europa ab. Die Euro- und Finanzkrise stärkt ganz offensichtlich die Nationen, der Kontinent sucht sich ein neues Gefüge. Die Europawahl wird womöglich die spannendste in dem Wahl-Quartett.

Einen sonnigen und erholsamen Sommer wünscht Ihnen

Peter Schmalz
Chefredakteur

Titelseite:

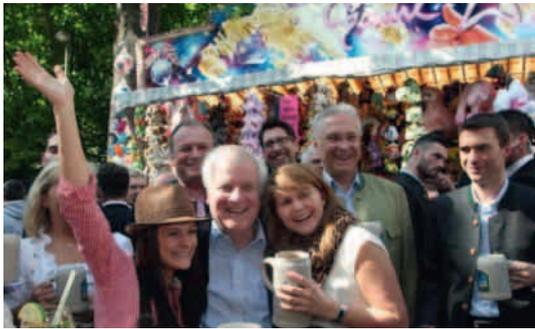
Neun Millionen Wähler können am 15. September über den künftigen bayerischen Landtag abstimmen. Mit dem Münchner Oberbürgermeister Christian Ude fordert der prominenteste bayerische Sozialdemokrat CSU-Amtsinhaber Horst Seehofer heraus.

AKTUELLES

Veranstaltungsvorschau 2013 / 2014	2
Vorwort	3
Kurz gemeldet	13
Buchbesprechungen	32

POLITIK UND WIRTSCHAFT

Norbert Lammert	
Kein Denkmalschutz für Politiker	5



Horst Seehofer	
Weißblau mit Goldrand	10

Kurz gemeldet	13
----------------------	-----------

Hugo Müller-Vogg	
Die Drei von der Abzapfstelle	14



Jürgen W. Falter	
Wählers Katze im Sack	16

Werner Weidenfeld	
Flüssig und blitzschnell	18

Michael Stürmer	
Zwei Schlüssel	20

Ilse Aigner	
Teller statt Tonne	21

Werner Münch	
Verlorenes Herz	24

Georg Fahrenschon	
Kein Griff in fremde Kassen	25

KULTUR



Harald Fuchs	
Die Kaiser-Macher	28

Bücher	32
---------------	-----------

Nikolaus Bachler	
Zwillingsterne	33

Rainer Brüderle	
Provokation Bayreuth	34



Klaus G. Förg	
Opas Ängste im Schützengraben	36

PEUTINGER-COLLEGIUM



Vortragsabende des Peutinger-Collegiums	
--	--

Horst Seehofer	38
-----------------------	-----------

Georg Fahrenschon	38
--------------------------	-----------

Prof. Dr. h.c. Roland Berger	40
-------------------------------------	-----------

Prof. Dr. Marion Schick	40
--------------------------------	-----------

William E. Moeller	40
---------------------------	-----------

Peutinger-Collegium	42
----------------------------	-----------

Kein Denkmalschutz für Politiker

Bundestagspräsident Norbert Lammert im Peutingen-Interview über Heute-Show, europäische Kompetenzen und Religion in der Politik

cher Bundestag

mit ... hinderung im Deut
2012

„Ohne ein Grundvertrauen in die Seriosität wie in die Kompetenz handelnder Personen ist ein politisches System nicht funktionsfähig.“ Peutingen-Interview zeigt sich Bundestagspräsident Norbert Lammert, besorgt über das Ansehen der Politiker. Lammert ist seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestags. Der CDU-Politiker wurde 1948 als erstes von sieben Kindern eines Bäckermeisters in Bochum geboren. Als 16-Jähriger trat er der Jungen Union bei, studierte Politik- und Sozialwissenschaften und promovierte zum Thema „Lokale Organisationsstrukturen innerparteilicher Willensbildung“. Lammert ist seit 1980 CDU-Bundestagabgeordneter.

Bringt die Euro-Krise mit den notwendigen Rettungspaketen einen Machtverlust für den Deutschen Bundestag? Bundestagspräsident Norbert Lammert widerspricht. „Die Mitwirkung des Bundestags an europäischen Entscheidungsprozessen wurde beachtlich gestärkt“, betont er im Gespräch mit Peutingen-Chefredakteur Peter Schmalz. Besorgt äußerte sich der CDU-Politiker über das schlechte Ansehen der Politiker bei den Bürgern. →



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Mielde

An der Reichstagskuppel: Norbert Lammert führt die amerikanische First Lady Michelle Obama über das Dach des Parlamentsgebäude, während ihr Ehemann Barack Obama bei seinem kürzlichen Berlin-Besuch mit der Bundeskanzlerin konferiert.

Der Peutinger: In wenigen Wochen endet die 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags. Was war für Sie – außer der zweimaligen Wahl eines Bundespräsidenten – das bleibende Ereignis?

Norbert Lammert: Die bleibenden Ereignisse erkennt man in der Regel erst deutlich später. Aber es hat in der letzten Legislaturperiode – wie in anderen übrigens auch – neben der Erledigung einer geplanten Agenda eine Reihe von herausragenden, nicht voraussehbaren Entwicklungen und die sich darauf gründenden Entscheidungen gegeben. Dazu gehört ohne jeden Zweifel das Thema Fukushima und die darauf begründete Entscheidung, aus der Nutzung der Kernenergie endgültig auszusteigen.

DP: Was auch den nächsten Bundestag noch beschäftigen wird.

Lammert: So ist es. Wie ja für bleibende Entscheidungen gilt, dass sie nicht nur für kurze Zeit Aufmerksamkeit und die Befassung mit dem Thema erfordern. Auch die Aussetzung der Wehrpflicht war sicher ein Thema, das aus der Routine der Entscheidungsprozesse herausfällt. Dass uns das Dauerthema europäischer Integrationsprozess in dieser Zuspitzung einer Krisensituation in einer Reihe von Mitgliedstaaten erreichen und in Atem halten würde, das war zu Beginn der Legislaturperiode noch nicht absehbar.

DP: Die Euro- und Staatsschuldenkrise hat zwei Aspekte. Zum einen kam das Parlament durch die eilig notwendigen Entscheidungen in Zugzwang und war nicht mehr frei in seinem Handeln.

Lammert: Im Gegenteil. Die Notwendigkeit, auf europäischer Ebene Entscheidungen zu treffen, für die es weder konkrete Anzeichen noch vertragliche Vorkehrungen gab, hat außer zu den kurzfristigen Sofortmaßnahmen zur Ergänzung der vertraglichen Rahmenbedingungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft, insbesondere im Euro-Raum geführt, unter denen die gesetzliche Beteiligung des Parlamentes an diesen Entscheidungsprozessen ein herausragender Einzelaspekt war.

DP: Musste da nicht erst das Bundesverfassungsgericht dem Parlament den Weg zeigen?

Lammert: Nein, aber ich habe auch öffentlich vor-

getragen, dass ich mich durch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in den notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Mitwirkung des Bundestages an solchen europäischen Entscheidungsprozessen in einer erfreulichen Weise unterstützt fühle. Aber um den Zusammenhang zu verdeutlichen: Schon seit der Wiedervereinigung haben wir im Grundgesetz eine verfassungsrechtliche Verpflichtung der Bundesregierung zur Beteiligung des Bundestages in allen europäischen Angelegenheiten. Wir haben seit dem Lissabon-Vertrag, also seit 2005, ein Parlamentsbeteiligungsgesetz, das diese Prozedur im Einzelnen regelt. Und wir haben in den neuen Vertragssystemen, auf die ich gerade im Zusammenhang mit der Euro-Dauerdiskussion hingewiesen habe, eigene gesetzliche Regelungen zur Entscheidung des Bundestages als Voraussetzung für die Legitimation der Regierung, Zusagen gegenüber anderen Ländern zu machen.

DP: Der zweite ist die von Ihnen schon angesprochene weitere Integration Europas. Führt dieser Prozess nicht automatisch zu einem weiteren Kompetenzverlust der nationalen Parlamente?

Lammert: Das durchgehende Kennzeichen des europäischen Integrationsprozesses ist die Entscheidung von Staaten – interessanterweise immer mehr Staaten –, Zuständigkeiten, die sie selber verfassungsrechtlich haben, auf eine Gemeinschaft zu übertragen. Sie tun dies in der Einsicht, dass sie als Gemeinschaft wirkungsvoller wahrgenommen werden als je einzeln. Wenn man sich in Wahrnehmung der eigenen Interessen zur Vergemeinschaftung der Interessenvertretung entschließt, sollte man das nicht anschließend als Kompetenzverlust beklagen.

DP: Ist es nicht eine Gratwanderung zwischen der Abgabe von Kompetenzen und den notwendigen Behalt von Zuständigkeit?

Lammert: Selbstverständlich. Alle Vergleiche hinken, aber das ist ein bisschen so wie Eheschließung: Die findet in der Regel freiwillig statt und ist mit sehenden Augen eingegangenen wechselseitigen Kompetenzverzicht verbunden. Mich nervt ein bisschen diese Dauerdebatte, als fände hier etwas Unzulässiges oder Unbegreifliches statt. In Wahrheit findet hier statt, was im Leben ständig stattfindet, nämlich die Abwägung von Interessen einschließlich der besonders wichtigen Frage, wie und wo eigene Interessen in Zeiten der Globalisierung am wirkungsvollsten oder gar manchmal überhaupt wahrgenommen werden können.

DP: Nun hören Sie aber auch die Klage, Brüssel maße sich zu viele Kompetenzen an.

Lammert: Dieses Argument ist ebenso unsinnig wie weit verbreitet. Brüssel maßt sich nicht Kompetenzen an, sondern nimmt die Zuständigkeiten wahr, die ihr die Mitgliedstaaten durch Verträge übertragen haben. Und wo immer Zweifel daran bestehen, werden Gerichte, auch und besonders das Bundesverfassungsgericht, angerufen, um zu überprüfen, ob die Wahrnehmung einer Aufgabe den vertraglichen Grundlagen noch entspricht oder diese überschreitet.

DP: Vertrauen in den Rechtsstaat ist das Fundament der Demokratie. Ist die sinkende Wahlbeteiligung ein Zeichen dafür, dass das Vertrauen der Bürger in die Politik schwindet?

Lammert: Das glaube ich nicht. Die jüngst vorgestellte Bertelsmann-Studie zu diesem Thema bestreitet genau diesen Zusammenhang und macht deutlich, dass die rückläufige Wahlbeteiligung, die ich persönlich natürlich bedauerlich finde, die aber im internationalen Maßstab eher normal ist, eine Sonderentwicklung darstellt und dass diese rückläufige Wahlbeteiligung nicht als allgemeine Abwendung von der demokratischen Verfassung interpretiert werden kann. Sie ist vielmehr, jedenfalls für einen Teil der Nichtwähler, auch Ausdruck eher einer Zufriedenheit als einer Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, an denen man nicht glaubt, durch eigenen Beteiligung etwas verändern zu können oder zu müssen. Jedenfalls macht diese Studie deutlich, dass in dem Untersuchungszeitraum die Zustimmung zur Demokratie nicht zurückgegangen, sondern gewachsen ist. Erfreulicherweise insbesondere in den neuen Ländern, wo wir ja in den vergangenen Jahren doch eine Skepsis und Zögerlichkeit gegenüber dem gemeinsamen Verfassungsrahmen, der seit der Wiedervereinigung gilt, registriert hatten.

DP: Eine erfreuliche Entwicklung, die aber nicht auch den Politikern zugutekommt. Die Meinung der Bürger über die Arbeit der Politiker ist nicht gerade die beste.

Lammert: Das ist leider zutreffend. Insofern teilen die Politiker das Schicksal der Journalisten, der Banker, der Manager, der Gewerkschafts- und Sportfunktionäre. Sagen Sie mir einen Gesellschaftsbereich, wo es ein ungestörtes Vertrauensverhältnis gibt.

DP: Bei den Politikern wäre es aber ganz besonders wichtig, weil sie die Vertreter des Volkes sind.

Lammert: Völlig richtig. Deshalb finde ich auch diesen Befund alles andere als beruhigend. Man muss aber darauf aufmerksam machen, dass es sich hier nicht um eine exklusive Entwicklung in einem Segment handelt, die sich von der Entwicklung in anderen Teilen der Gesellschaft unangenehm abhebt, sondern dass leider die Politik und die Politiker als Personen in ähnlicher Weise vom allgemeinen Vertrauensverlust, den wir in unsere Gesellschaft in vielen Bereichen feststellen können, betroffen sind.

DP: Könnte der Bundestagspräsident nicht eine PR-Kampagne starten?

Lammert: Selbst wenn er es könnte, würde er es sicher nicht tun, denn wenn es verlorenes Vertrauen gibt, muss man es wieder gewinnen. Allein der Versuch, es durch PR-Maßnahmen wieder gewinnen zu wollen, würden die Zweifel eher bestärken als ausräumen.

DP: Wie viel Häme und Spott verträgt eine Demokratie?

Lammert: Sicher nicht weniger als andere politische Systeme, weil zu ihrem Markenzeichen gehört, dass auch Politiker in Spitzenämtern nicht unter Denkmalschutz stehen. Aber richtig ist, das wird ja in Ihrer Frage angedeutet: Ohne ein Grundvertrauen in die Seriosität wie in die Kompetenz handelnder Personen ist weder ein politisches System auf Dauer funktionstüchtig zu halten noch ein Wirtschaftssystem, noch ein Bankensystem, noch ein Arzt-Patienten-Verhältnis, noch ein Priester-Gläubigen-Verhältnis. Wir könnten jetzt wieder den gesamten Bereich unsere Gesellschaft durchgehen, wo wir dann ähnliche Störfälle finden. →

**Der Bundestagspräsident ist protokol-
larisch nach dem Bundespräsidenten der ranghöchste Vertreter des Staates, noch vor der Bundeskanzlerin und dem Bundesverfassungspräsidenten. Er wird zu Beginn jeder Legislaturperiode von den Abgeordneten aus ihrer Mitte gewählt. Norbert Lammert (CDU) ist seit 2005 im Amt. Von den bisher zwölf Bundestagspräsidenten stellte die CDU neun, die SPD zwei (Annemarie Renner, Wolfgang Thierse) und die CSU einen (Richard Stücklen).**



Bürgernähe im Bundestag: Parlamentspräsident Lammert erklärt einer Besuchergruppe die Architektur des Reichstags und die Funktion des deutschen Bundestags.

In seiner gegenwärtig 17. Legislaturperiode zählt der Bundestag 620 Abgeordnete, davon 22 Überhangmandate. Mit 237 Sitzen stellen CDU/CSU die größte Fraktion, gefolgt von SPD (146), FDP (93), Linke (75), Grüne (68) und einem Fraktionslosen. Der 18. Deutsche Bundestag wird am 22. September gewählt, eine Woche nach der bayerischen Landtagswahl.

Topfit in Geist und Körper: Seit 20 Jahren kämpft Norbert Lammert alljährlich und erfolgreich um das Goldene Sportabzeichen. Einmal nahm er sogar im Sportdress an einer Bundestagsabstimmung teil: Während des Joggens war er zu einer namentlichen Abstimmung ins Parlament gerufen worden. Zeit zum Umziehen hatte er nicht mehr.

DP: Die Heute-Show im ZDF ist ein Quotenrenner. Ist sie nur ein Vergnügen oder auch Säure, die Vertrauen verätzt?

Lammert: Ich sehe sie gelegentlich und finde sie manchmal mehr oder weniger witzig, ganz sicher aber zulässig. Sie hält in manchen Fällen ja den realen Ereignissen den Spiegel der Satire vor. Das müssen wir uns schon erlauben dürfen, öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten allemal. Manchmal würde ich mir wünschen, dass der Ehrgeiz zur Entwicklung origineller Formate auch für andere Teile der politischen Berichterstattung zu beobachten wäre.

DP: In allen Parlamenten, nicht nur im Bundestag, können Sie die Klagen über die Skandalisierung der Politik hören.

Lammert: Ich empfehle immer, Verallgemeinerungen zu vermeiden und will mich an diese Empfehlung auch bei dieser konkreten Frage halten. Ich finde jedenfalls auffällig und beinahe beruhigend, dass der Verdacht einer regelmäßigen und vor-schnellen Skandalisierung zunehmend von renommierten und angesehenen Journalisten selbstkritisch vorgetragen wird.

DP: War der Fall Wulff eine Mahnung?

Lammert: Ganz offensichtlich.

DP: Wir haben vom Vertrauen gesprochen. Wie viel Autorität braucht Demokratie?

Lammert: Für die Demokratie gilt noch mehr als für andere politische Systeme, dass zwischen Vertrauen und Autorität ein nur schwer auflösbarer Zusammenhang besteht. Denn die Autorität eines Regierungschefs, eines Ministers und auch eines Parlamentes beruht formal auf dem Wahlakt, faktisch aber auf der Mandatserteilung, die durch den Wahlakt rechtlich erfolgt und für den rechtlich festgesetzten Zeitraum von den Wählerinnen und Wählern virtuell immer wieder neu bestätigt werden muss. Deswegen finde ich es auch nicht

verblüffend und im Übrigen eher ermutigend, dass die tatsächliche Autorität von Amtsinhabern ganz offenkundig mindestens so sehr von den jeweiligen Personen wie von den Ämtern abhängt.

DP: Wobei es einige gibt, die Autorität auch über die Amtszeit hinaus wahren.

Lammert: Was meinen Befund bestätigt, dass Autorität nicht allein auf Ämtern beruht und dass umgekehrt Ämter sehr davon profitieren, wenn die jeweiligen Amtsinhaber eine Autorität als Person in das Amt mitbringen. Sie werden diese Autorität häufig nach Aufgabe des Amtes auch behalten.

DP: Birgt die Frage nach Autorität Gefahr, weil sie so nahe an autoritär liegt?

Lammert: Nein. Mindestens nach meinem Sprachempfinden ist die Vorstellung, die man mit dem Begriff autoritär verbindet, doch ziemlich weit entfernt von der Vorstellung, die man mit dem Begriff Autorität verbindet. Ich habe einmal in einem anderen Zusammenhang gesagt, wer Autorität qua Amt beanspruchen muss, hat keine. Und da nimmt dann die Neigung zu, dies durch autoritäre Auftritte zu kompensieren, was im Ergebnis eine nicht oder nicht ausreichend vorhandene Autorität weiter strapaziert.

DP: Beim früheren deutschen Papst Benedikt XVI. haben Sie einmal seine Festigkeit der inneren Überzeugung und seine von manchen als Sturheit gesehene Gradlinigkeit gelobt. Das klingt wie eine Selbstbeschreibung.

Lammert: Wie kommen Sie auf diese Idee?

DP: Eine Festigkeit in der Überzeugung wie auch eine gewisse Sturheit sagt man Ihnen nach.

Lammert: Na gut, gegen das, was andere einem nachsagen, ist eh kein Kraut gewachsen. Deswegen sollte man das auch besser nicht kommentieren.

DP: War es Sturheit, als Sie Euro-Kritikern im Bundestag zum Rederecht verholten haben?

Lammert: Nein, Verfassungstreue. Ich habe die damalige Debatte als absurd empfunden: Dass Kolleginnen und Kollegen, die nach ihrer sorgfältigen Prüfung der Entscheidungssachverhalte zu einer anderen Überzeugung gekommen sind als die Mehrheit ihrer jeweiligen Fraktionen, ein Rederecht im Bundestag vorenthalten werden sollte. Und wenn es denn so etwas wie originäre Aufgaben eines Parlamentspräsidenten gibt, dann war das eine solche Situation. Natürlich habe ich aus meiner Sicht die Verpflichtung, von dieser auch Gebrauch zu machen.

DP: Manche haben es als eine Sternstunde des Parlaments empfunden.

Lammert: Das ist wieder eine Kommentierung, die keines zusätzlichen Kommentars durch den Betroffenen bedarf.

DP: Sie sind bekennender Christ. Sind christliche Werte nur noch ein Randaspekt der Politik?

Lammert: Nein, mein Eindruck ist, dass sie je-



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Meide

denfalls „in der Politik“ eine größere Rolle spielen als „in der Gesellschaft“. Jedenfalls ist es eine einigermaßen kuriose Vorstellung, einen Veränderungsprozess, der in der Gesellschaft stattfindet, in der Politik nicht vorkommen lassen zu wollen. Gerade in einer demokratisch verfassten Gesellschaft kann, soll, will und darf sich die Politik nicht von der Gesellschaft emanzipieren, sondern sie soll auf die Gesellschaft Einfluss nehmen, so wie sie immer beeinflussbar sein und bleiben muss durch gesellschaftliche Veränderungen. Und wenn ich das in Relation zueinander setze – übrigens auch und gerade in meiner eigenen Partei –, dann finde ich bemerkenswert, wie stabil die Orientierung an christlichen Überzeugungen ist, trotz einer erkennbar veränderten gesellschaftlichen Wirklichkeit.

DP: Angesichts dieser veränderten Realität: Wie viel Islam gehört zu Deutschland?

Lammert: Gerade in jüngerer Vergangenheit hat sich durch Zuwanderung das Land auch in seiner kulturellen Breite erkennbar verändert. Daraus herzuleiten, der Islam gehöre heute in gleicher Weise zu Deutschland wie die christlich-jüdische Tradition, erscheint mir ein bisschen voreilig und auch unter historisch-kulturellen Gesichtspunkten arg großzügig betrachtet. Aber dass die in Deutschland lebenden Muslime nach unserer Verfassung und auch nach unserem Kulturverständnis einen gleichen Anspruch auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit einschließlich ihrer Glaubensüberzeugung haben, das muss nun auch und gerade in einer christlich geprägten Tradition eine hoffentlich unstrittige Perspektive sein.

DP: Könnte der nicht nur zahlenmäßig zunehmende Islam für die Christen ein Ansporn sein, sich wieder stärker mit ihrer eigenen Religion zu beschäftigen?

Lammert: Für einen – leider kleinen – Teil der engagierten Christen lässt sich dies ja längst beobachten. Aber – und da sind wir wieder bei den veränderten gesellschaftlichen Realitäten – für den größeren Teil der getauften Christen gilt, wie auch für den größeren Teil der bei uns lebenden Muslime, dass die religiöse Bindung nicht besonders stark ausgeprägt ist.

DP: Eine Entwicklung, zu unabänderlich zu einem zunehmenden Schwund religiöser Bindung führt?

Lammert: Darüber will ich keine Spekulationen anstellen. Wir haben in den vergangenen 25 Jahren kurzfristig so außerordentliche Veränderungen erlebt, die wir noch kurz zuvor für völlig ausgeschlossen gehalten haben, dass ich mir abgewöhnt habe, solche Fragen vermeintlich verlässlich beantworten zu können.

DP: Noch einmal zur Politik zurück: Ist Ihnen der Politikbetrieb zu hektisch und zu kurzfristig?

Lammert: Nein, auch das würde ich für ein unnötige Verallgemeinerung halten. Zutreffend ist allerdings, dass durch die heute verfügbaren technischen Möglichkeiten der Vermittlung und Verarbeitung von Informationen eine Kurztaktigkeit



in dem Vermitteln von relevanten wie irrelevanten Sachverhalten und der Erwartung ihrer unverzüglichen Beantwortung, Reaktion, Kommentierung und Schlussfolgerung entstanden ist, die auch auf den Politikbereich natürlich durchschlägt und die ich im Ganzen eher unerfreulich finde.

DP: Die es auch schwerer macht, Relevantes von Irrelevantem zu unterscheiden.

Lammert. So ist es.

DP: Was würde ein Bundestagspräsident Lammert in der nächsten Wahlperiode anpacken?

Lammert: Die Spekulation, die der Frage zugrunde liegt, lasse ich jetzt auch einmal auf sich beruhen, aber ich habe in meiner zweiten Amtszeit einige Aspekte unseres parlamentarischen Alltags mehrfach auch öffentlich angesprochen, die ich für änderungsbedürftig und auch für änderungsfähig halte. Dazu gehört zum einem das immer größere Missverhältnis zwischen dem Beratungsbedarf und der dafür verfügbaren Beratungszeit, auch zwischen der Drucksachen-Produktion von Gesetzen, Entschließungsanträgen, Berichten auf der einen Seite und Sitzungswochen und Ausschussterminen auf der anderen. Ein weiteres drängendes Thema ist die Fragestunde, die so, wie sie sich entwickelt hat, ganz sicher nicht zu den Glanzstücken des deutschen Parlamentarismus gehört und einer dringenden Reform in der nächsten Legislaturperiode bedarf.

DP: Insgesamt aber, das zeigt unser Gespräch, sehen Sie die deutsche Demokratie in einem stabilen Zustand und blicken optimistisch in die 18. Wahlperiode.

Lammert: In diesem Raum begrüße ich in jeder Woche zwei, drei oder mehr ausländische Gäste. Dabei fällt mir auf, dass die Stabilität, die demokratische Stringenz wie auch die politische Effizienz unseres politischen Systems im Ausland wesentlich höher eingeschätzt wird als von den eigenen Wählerinnen und Wähler. ▲

Aktuell wie vor 30 Jahren: Mit großer Menschenkenntnis und feiner Ironie zeichnete Horst Haitzinger 1983 des Bürgers Qual der Wahl. Es hat seither wenig verändert.

Weißblau mit Goldrand

Perspektiven für Bayern: Solide Finanzen und Kraft zur Zukunft

Horst Seehofer

Bayern liegt im Herzen Europas, doch hört man die Nachrichten aus den Ländern ringsum und sieht die Lage in Bayern, dann scheinen dies Berichte aus zwei verschiedenen Welten zu sein: Bayern als eine Oase, um uns herum nur Krise und Depression. Wobei eine Zahl den Unterschied besonders bedrückend zeigt: In Spanien und Griechenland ist jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit. In Bayern ist es nur jeder dreißigste.



„Im Wettlauf um die Zukunft müssen wir immer einen Schritt innovativer sein als andere“: Neben einem Porträt von Konrad Peutingner beschreibt Horst Seehofer, seit 2008 Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender, Bayern als eine Oase inmitten der europäischen Krise. Doch keinesfalls dürfe man sich auf dem Erreichten ausruhen: „Bayern muss auch künftig die führende Zukunftsregion sein.“

Bei manchen Problemen, die es auch bei uns noch gibt, können wir ohne Übertreibung sagen: Den Menschen in Bayern geht es so gut wie noch nie zuvor. 98 Prozent der Menschen leben gerne in Bayern, mit einer jährlichen Wirtschaftsleistung von 35.500 Euro pro Einwohner gehört Bayern zu den wohlhabendsten Regionen der Welt, um die Arbeitslosenquote von nur 3,7 Prozent beneidet uns ganz Europa, wir haben ein Allzeithoch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Bayern ist Chancenland Nr. 1!

Trotzdem machen sich die Menschen Sorgen. Schulden- und Währungskrise sowie Abkühlung der Konjunktur in vielen Ländern, harte Konkurrenz aus Asien, Südamerika, Osteuropa, das alles treibt die Menschen um. Und ich kann diese Ängste gut verstehen. Die Frage lautet: Wovon werden wir morgen leben, wenn China genauso gute Flugzeuge, Korea genauso gute Autos und Brasilien genauso gute Maschinen baut? Ich sage: Wir brauchen ein neues Bekenntnis zu unserer Industrie. Wir sehen an Frankreich, wie verheerend eine Politik der Deindustrialisierung ist. Heute beträgt der Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt in Frankreich nur noch 10 Prozent. In Deutschland ist er mit 23 Prozent mehr als doppelt so hoch.

Eine moderne Industrie bedeutet aber nicht nur die Herstellung hervorragender Produkte, sondern dazu gehören neben der Werkbank auch Wissen und Wartung. Zur Spitzenqualität aus Bayern muss noch mehr der Spitzenservice aus Bayern kommen. Und wir brauchen für unsere bayerischen Unternehmen noch stärker als bisher den internationalen Markt. Wir sind dabei schon auf einem guten Weg: Während die bayerischen Ausfuhren in die Eurozone wegen der Schuldenkrise rückläufig sind, sind im vergangenen Jahr die Exporte aus dem Freistaat in die USA, nach China und nach Russland stark gestiegen.

Im Wettlauf um die Zukunft müssen wir immer einen Schritt innovativer sein als andere. Die großen Megatrends Umwelttechnik, Mikroelektronik, Biosystemforschung, Hightech-Medizin, Elektromobilität und erneuerbare Energien sind riesige neue

Märkte, auf denen wir von Anfang an vorne dabei sein müssen. Schon heute kommen rund drei von zehn deutschen Patentanmeldungen aus Bayern, das ist – erstmals seit 2006 – noch vor Baden-Württemberg Platz 1 in Deutschland. Wir investieren in Bayern derzeit gut 3 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung und wollen dies bis 2020 auf 3,6 Prozent steigern.

Bei der Wirtschaftsleistung liegt Bayern um 6 Prozent über dem Vorkrisenniveau von 2008 und ist mit seinem starken industriellen Kern der unangefochtene Wachstumstreiber in Deutschland. Dieser Spitzenplatz bedeutet Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, sozialen Wohlstand.

Doch Wachstum und Wohlstand gibt es nicht zum Nulltarif. Ein erfolgreiches Industrieland braucht eine erstklassige Infrastruktur.

In Baden-Württemberg führt ein Bahnprojekts zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Dort gilt: keine neuen Straßen mehr, Vorfahrt für die Ideologie. In Berlin scheitert eine Koalition an drei Kilometern Stadtautobahn. Der neue Flughafen mit dem Kürzel BER steht für „Blamage Ersten Ranges“. In Bayern sind Teile der Opposition gegen alles, was auch nur nach Asphalt riecht. Einziger Beitrag zur deutschen Verkehrspolitik: flächendeckend innerorts →



Premiumland: Der Freistaat Bayern liegt mit seiner industriellen Standortqualität weltweit an dritter Stelle. Nach Schweden und der Schweiz und deutlich selbst vor den USA, Kanada und Japan. Das ergab kürzlich eine Studie der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft vbw.



In Europa fühlt sich Bayern als Stabilitätswächter, in Deutschland als Wahrer der föderalen Selbstbestimmung. Und wenn einer sagt, Bayern könne in der Welt durchaus auch alleine bestehen, fühlen sich die Bayern geschmeichelt, ohne gleich zu Separatisten zu werden.

Tempo 30. Im Schnecken tempo ins 21. Jahrhundert, und rechts und links überholt uns die Zukunft – das können sich Bayern und Deutschland nicht leisten.

So etwas ist keine Infrastrukturpolitik, sondern ein Großangriff auf unsere Arbeitsplätze. Ich lasse da nicht mit mir reden: Der Top-Standort Bayern braucht eine Top-Infrastruktur. Deswegen sage ich auch: Die Pkw-Maut muss kommen. Fast überall in Europa muss für die Autobahnfahrt eine Gebühr bezahlt werden, nur nicht in Deutschland, dem europäischen Transit-Land Nummer 1. Dabei herrscht hierzulande ein riesiger Investitionsstau beim Schienen- und Straßenverkehr. Fast 10.000 Kilometer Bundesfernstraßen sind dringend sanierungsbedürftig. Es wird höchste Zeit für eine Grundsatzentscheidung zugunsten der Infrastruktur. Das heißt: Wir brauchen die Pkw-Maut.

Dabei bedeutet Infrastruktur immer auch IT-Infrastruktur. Mit unserer Strategie „Bayern digital“ wollen wir zusammen mit den bayerischen Unternehmen alle wichtigen Zukunftsfelder digital voranbringen – vom Lernen über Arbeiten, Mobilität, Gesundheit, Wohnen, e-Government bis zum sicheren Datenmanagement. Dafür nehmen wir bis zum nächsten Jahr 2 Milliarden Euro in die Hand. Meine Vision lautet: Bayern als führende Zukunftsregion im digitalen Zeitalter. Das schnelle Internet ist Schwungrad hybrider Wertschöpfung.

Ich habe das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten in schwierigen Zeiten übernommen. Aber ich habe von Anfang an gesagt: Meine Verantwortung

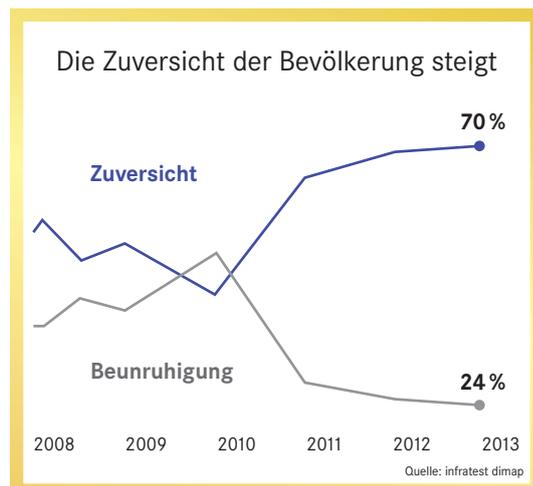
reicht über die Grenzen von Legislaturperioden hinaus. Mein Handeln heute muss auch den kommenden Generationen nutzen. Daher lautet mein großes Ziel: Bayern schuldenfrei 2030. Wir liegen damit voll im Plan: Wir tilgen bis 2014 über 2,5 Milliarden Euro und damit 11 Prozent unserer Schulden im allgemeinen Haushalt. Allein damit sparen wir bis zum Jahr 2030 fast 1,3 Milliarden Euro an Zinsen.

Weniger Schulden und Zinsen ermöglichen mehr Investitionen. Bayern investiert in zwei Jahren über 11 Milliarden Euro und liegt mit einer Investitionsquote von über zwölf Prozent weit über dem Durchschnitt der westlichen deutschen Flächenländer mit nur 9,9 Prozent. Kein anderes Bundesland kann nur annähernd mit dieser Finanzpolitik Schritt halten. Solide, dynamisch, bayrisch! Das ist Generationengerechtigkeit! Wir in Bayern tilgen, wo andere neue Schulden machen. Und wir investieren mit unserer Strategie „Aufbruch Bayern“ wie kein anderes Land für eine gute Zukunft.

Politiker aller Parteien sind sich einig: Bildung ist das entscheidende Ticket in die Zukunft. Während das inzwischen grün-rot regierte Baden-Württemberg an den Lehrerstellen spart, sind in Bayern Investitionen in die Bildung der wichtigste Schwerpunkt im Staatshaushalt. Mit über 33 Milliarden Euro fließt in diesem und im nächsten Jahr jeweils mehr als ein Drittel der gesamten Staatsausgaben in die Bildung. Konkret heißt das: 8.200 Lehrerstellen für neue Aufgaben, zwölf neue Gymnasien, 17 neue Realschulen, fünf neue Fachoberschulen, acht neue Berufsober-schulen, 48.000 zusätzliche Studienplätze alleine in dieser Legislaturperiode! Einen solchen Kraftakt für die Bildung schafft kein anderes Land.

Mehr für die Bildung, mehr Chancen für unsere Kinder und Jugendlichen und trotzdem weniger Schulden: Das ist Zukunft auf Bayerisch. Einer der größten Theologen unserer Zeit, unser emeritierter Papst Benedikt XVI., hat in seiner Enzyklika „Caritas in veritate“ geschrieben: „Das Tun ist blind ohne das Wissen, und das Wissen ist steril ohne die Liebe.“ Handeln, Denken – und das Ganze immer mit allergrößter Leidenschaft: Das ist das Erfolgsrezept, mit dem Bayern den Aufstieg an die Spitze in der Welt geschafft hat. Und es ist ein guter Wegweiser, wie dieser Spitzenplatz auch künftig behauptet werden kann. ▲

„Tu felix Bavaria“: Selbst der Hamburger *Spiegel* titelte so über das glückliche Bayern. Und eine aktuelle Umfrage zeigt: Die Bayern sind zufrieden und blicken optimistisch in die Zukunft. Nur wenige sehen Grund zur Sorge.



Kurz gemeldet

Frankens Lebensader

Am Main entlang führt einer der beliebtesten deutschen Radwanderwege mit Einkehrmöglichkeiten beim Bier in Oberfranken oder beim Wein in Unterfranken. Die fränkische Lebensader mit ihren zwei Quellen für den Weißen und den Roten Main bietet weit mehr. Bis zum Meer, wie die diesjährige bayerische Landesausstellung in der Schweinfurter Kunsthalle unter dem Titel „Main und Meer“ suggeriert. Vom Main als Arbeitgeber, als Tatort oder als Kunstschaffender fächert das Haus der Bayerischen Geschichte in elf Themengebiete ein weites Spektrum des Flusses auf, den die Römer *moenus fluvius* nannten. Er galt als „Pfaffengasse“ mit den Bischofssitzen Bamberg und Würzburg, den Klöstern Banz und Münsterschwarzach, im Mittelalter war die milde Main-Gegend eine der bevölkerungsreichsten Regionen im deutschen Reich. Die Ausstellung protzt nicht mit Prunk, sie öffnet eher den Blick auf das alltägliche Leben im Laufe der Zeit. Und zum Meer kommt der 527 Kilometer lange Main indirekt, aber dafür gleich zweifach: Über seinen natürlichen Weg in den Rhein hinein zur Nordsee und durch den Rhein-Main-Donaukanal zum Schwarzen Meer. „Main und Meer“, Kunsthalle Schweinfurt, bis 13. Oktober. ■



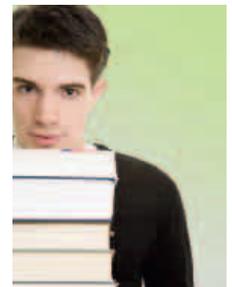
Fachkräfte heiß begehrt

In Bayern geht die Arbeit auch künftig nicht aus. Im Gegenteil, schon 2020, also in nur sieben Jahren, werden 20 000 Fachkräfte fehlen, 2035 werden es sogar 620 000 sein. Das ergab eine Prognos-Studie im Auftrag der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw). Vor allem Hochqualifizierte, egal ob mit Hochschulabschluss oder beruflicher Bildung, werden rar sein, betont vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt. Jeder Ingenieur oder Mathematiker, jeder Arzt und jede Pflegekraft wird einen Arbeitsplatz finden. Dennoch wird die Zahl der Arbeitssuchenden von derzeit 200 000 nur auf 150 000 zurückgehen. Die Gründe: Weiterer Strukturwandel in manchen Regionen und steigende Arbeitslosigkeit in einigen Branchen wie Gastgewerbe oder Sprach- und Kulturwissenschaften. ■



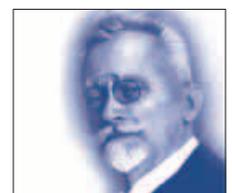
Kein Bock auf Nullbock

Die Jugend rebellierte in Brasilien und in der Türkei, mit dem arabischen Frühling hat sie arabische Diktatoren gestürzt. Doch die junge Generation in Deutschland ist von Rebellion weit entfernt. Eine Infratest-Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung brachte jüngst das überraschende Ergebnis: Bei 16- bis 29-jährigen Deutschen stehen traditionelle Werte hoch im Kurs. Nach Freiheit, dem höchsten Gute mit 97 Prozent, folgen Respekt (95), Ordnung (93), Sicherheit (95) und Leistung (92). Mit 91 Prozent liegen Stabilität und Leistung gleichauf, 85 Prozent nennen sich bürgerlich, 57 Prozent wirtschaftsnah. Ein völlig anderer Mainstream als die Nullbock-Ära der 80er-Jahre, kommentierte Bundesfamilienministerin Christina Schröder. Dazu passt, dass die junge Generation das Leistungsprinzip bevorzugt: 84 Prozent wollen staatliche Unterstützung nur denjenigen geben, die bereit sind, dafür auch etwas zu leisten. ■



Regenten-Architekt

Kleine Erinnerung an eine prägende Person: Mit einer Ausstellung ehrt Bad Kissingen den großen Architekten Max Littmann (1862 - 1931). Vor hundert Jahren wurde in dem unterfränkischen Staatsbad der von Littmann entworfene Regentenbau feierlich eingeweiht. Er plante auch Kurhausbad, Wandelhalle, Quellenbau sowie die Kuranlagen und festigte damit Kissingens Ruf als Weltbad. Der gebürtige Chemnitzer war ein Stararchitekt seiner Zeit, mit seiner Mischung aus Barock, Jugendstil, Renaissance und Klassik prägte er vor allem das architektonische Gesicht Münchens. Er schuf das Prinzregententheater und das staatliche Hofbräuhaus, entwarf das Kaufhaus Oberpollinger und baute das Hotel Vierjahreszeiten um. Die Kammerspiele tragen ebenso seine Handschrift wie das Orlandohaus am Platzl. Die Ausstellung in Alten Rathaus von Bad Kissingen ist bis 13. Oktober geöffnet. ■



Denkste:

„Was könnte man wählen? SPD heißt, SPD-Politik. Mit Steuererhöhungen. Grüne heißt, SPD-Politik, aber mit starken Steuererhöhungen. CDU heißt, SPD-Politik, aber ohne Steuererhöhungen. Linkspartei heißt, SPD-Politik, aber wie anno 1950. FDP heißt, SPD-Politik, aber nur unter Protest. Piraten heißt, SPD-Politik, aber nach dem zweiten Joint.“ *Kolumnist Harald Martenstein im Berliner Tagesspiegel über die Alternativen bei der Bundestagswahl im September.* ■

Die Drei von der Abzapfstelle

Rot-rot-grüne Umverteiler wollen Vermögen besteuern – aber nicht das eigene



Das Versprechen nach mehr Gerechtigkeit für alle verbinden linke Politiker gerne mit dem Ruf nach höheren Steuern. Eine Verpackung, mit der der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zu punkten versucht.

Hugo Müller-Vogg

„Wer da hat, dem wird gegeben“, heißt es in der Bibel. Wer da hat, dem wird genommen, lautet die gemeinsame Umverteilungsparole von Sozialdemokraten, Grünen und Linken. Wollte man zusammenfassen, was diese drei Parteien offenbar am meisten umtreibt, dann käme man auf folgenden Befund: Höhere Steuern und Abgaben für alle, die fleißiger, sparsamer und erfolgreicher sind als der Durchschnitt.

Neben einer Erhöhung von Einkommen- und Erbschaftssteuer sowie einer stärkeren Belastung durch Sozialabgaben wollen die „Drei von der Abzapfstelle“ künftig auch das Vermögen besteuern. Dabei überbieten sie sich, wer die „Reichen“ stärker schröpft: Die SPD will eine Ein-Prozent-Steuer auf Privat- und Betriebsvermögen, die Grünen wollen zehn Jahre lang 1,5 Prozent vom Vermögen abkassieren, die Linke jährlich 5 Prozent.

Die rot-rot-grünen Umverteiler setzen unverhohlen auf den hierzulande weit verbreiteten Neideffekt. Jürgen Trittin von den Grünen will den Stichtag für seine Vermögensabgabe sogar „rückwirkend“ festlegen, damit es sich nicht lohne, das Land zu verlassen. Dass „rückwirkende“ Steuern verfassungswidrig wären – den Finanzminister in spe stört das nicht. Strafsteuern für Reiche werden gern mit der »ungerechten« Vermögensverteilung begründet. Doch in diesen Statistiken werden Renten- und Pensionsansprüche nicht berücksichtigt. Ein Selbständiger, der fürs Alter eine Million zurückgelegt hat, gilt mit diesem Geldvermögen als reich; der Beamte mit hohen Pensionsansprüchen, für die er keinen Cent gezahlt hat, als arm.

Ebenfalls bei der Vermögensverteilung nicht berücksichtigt werden die Pensionsansprüche von Politikern. Da kommt ganz schön was zusammen. Als die SPD-Damen Heidemarie Wiecek-Zeul und Ulla Schmidt 2009 aus dem Kabinett ausschieden, standen ihnen monatlich 9430 bzw. 8410 Euro an Minister-Pension zu. Diese Pensionsansprüche hatten damals einen „Barwert“ von 2,3 bzw. 2,1 Millionen Euro.

Barwert heißt: So viel müsste man auf dem Konto haben, um bis zum Ende der statistischen Lebenserwartung jeden Monat einen bestimmten Betrag abheben zu können. Ein Selbständiger, der im Ruhestand monatlich 8000 Euro haben will, muss vorher rund 2 Millionen gespart haben. Minister haben es da besser: Sie brauchen fürs Alter nicht zu sparen.

Dasselbe gilt für Bundestagsabgeordnete. Die kommen maximal auf fast 6000 Euro „Altersentschädigung“ pro Monat. Auch damit wird ein Volksvertreter wie der CSU-Kämpfe Michel Glos, der nicht mehr für das Parlament kandidiert, zum „Barwert-Millionär“. Nur taucht dieses Vermögen, anders als die Rücklagen von Handwerkern und Freiberuflern, in keiner Vermögensstatistik auf.

Ex-Politiker sind also alters-reich. Nur: Wenn's um die Besteuerung von Vermögen geht, sind sie arm. Denn Pensionsansprüche zählen nicht zum Vermögen. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Ist es gerecht, einem Handwerker die Rücklagen für das Alter zu besteuern, während das „Pensions-Vermögen“ von Politikern oder hohen Beamten bewusst geschont wird?

Ganz abgesehen davon: Bei einer Vermögensabgabe von jährlich 1,5 Prozent schrumpft eine Million innerhalb von zehn Jahren auf gut 830 000 Euro. Da die mickrigen Zinsen zudem besteuert werden, reichen die Erträge nicht einmal, um das Vermögen nominal zu erhalten. Zudem sinkt die Kaufkraft des Restvermögens bei zwei Prozent Inflation deutlich. Wer als Handwerker, Selbständiger oder Mittelständler im Alter seinen Lebensstandard halten will, soll also teil-enteignet werden. Nur Politiker- und Beamten-Pensionen werden geschont. So sieht sie aus, die rot-grüne Umverteilungsrepublik.

Übrigens: Wer dem Staat mehr geben will, als er als Steuerzahler ohnehin muss, muss nicht auf einen Regierungswechsel warten oder hoffen. Dem Staat freiwillig mehr geben, das kann man schon jetzt tun. Wie das geht? Das Bundesfinanzministerium unterhält bei der Bundesbank das Konto Nr. 860 010 30, Bankleitzahl 860 000 00. Jeder dort eingezahlte Euro wird zur Schuldentilgung verwendet, macht Mittel frei für Bildung oder Soziales. Ob die Damen und Herren Steinbrück, Gabriel, Nahles, Göring-Eckart, Trittin oder Gysi schon jemals einen Euro dorthin überwiesen haben? ▲



Zur Bundestagswahl im September präsentiert unser Autor Hugo Müller-Vogg gemeinsam mit dem früheren Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye einen Fakten-Check zwischen der Kanzlerin und ihrem SPD-Herausforderer: Steinbrück oder Merkel? Quadriga-Verlag, 128 S., 12,99 €



Foto: Laurence Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg war Herausgeber der FAZ und arbeitet heute als Publizist und Buchautor in Berlin, u. a. als Kolumnist für BILD. www.hugo-mueller-vogg.de



SCHÖRGHUBER
UNTERNEHMENSGRUPPE

Die Schörghuber Unternehmensgruppe ist seit 1954 mit ihren zahlreichen Produkten und Dienstleistungen national und international erfolgreich tätig. So verschieden ihre Geschäftsfelder sind, so einheitlich ist ihr konsequenter Anspruch: immer bessere Lösungen für noch höhere Lebensqualität der Kunden. Damit stehen die Unternehmensbereiche Bauen & Immobilien, Getränke, Hotel sowie Seafood nicht nur für die vier starken Säulen der Schörghuber Unternehmensgruppe, sondern vor allem für das Ziel der rund 7.000 Mitarbeiter, in jeder Hinsicht das Beste zu erreichen. www.sug-munich.com.

Lebensqualität schaffen.
Mit gelebter Vielfalt.

Wählers Katze im Sack

Deutsches Wahlsystem verhindert klare Mehrheiten

Jürgen W. Falter

Das in Deutschland praktizierte System der personalisierten Verhältniswahl mit Erst- und Zweitstimme ist nicht in der Lage, den Wählerwillen adäquat umzusetzen. Es handelt sich um einen ernsthaften Strukturdefekt unseres Wahlsystems, da die Wähler, überspitzt formuliert, bei ihrer Stimmabgabe koalitionspolitisch die Katze im Sack kaufen. Ein Beispiel von vielen ist die Bundestagswahl von 2005. In Umfragen direkt vor der Wahl votierten weniger als 15 Prozent der Wahlberechtigten für eine Große Koalition, jedoch fast ein Drittel für Schwarz-Gelb, immerhin ein gutes Viertel für die Fortführung von Rot-Grün. Herausgekommen ist bekanntlich, mangels Alternativen, die zweite Große Koalition. Wenn die Bürger nicht wissen, welche Regierungskoalition sie mit ihrer Stimme letztendlich ins Amt bringen, steigt Politikverdrossenheit und verschwimmen Verantwortlichkeiten sowie Zurechenbarkeiten.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der den ohnehin schon beträchtlichen Missmut vieler Wähler über „die da oben“, die machten, was sie wollten und sich um die Meinungen der Wähler nicht kümmerten, weiter steigern dürfte: Die Parteien versprechen normalerweise vor der Wahl, was sie, wenn sie erst einmal an der Regierung sind, in den seltensten Fällen halten können. Das liegt an einem zweiten gravierenden Strukturdefekt unseres Wahlsystems: Im Wahlkampf müssen die Parteien, ob sie wollen oder nicht, so tun, als regierten sie nach der Wahl alleine, denn sie können häufig genug nicht wissen, wer ihr Koalitionspartner sein wird. Bestenfalls können sie sagen, mit wem sie am liebsten koalieren würden. Wegen der Koalitionskompromisse aber werden viele ihrer Wahlversprechen uneinlösbar. Insofern hatte Franz Müntefering durchaus recht damit, dass man die Parteien nicht wortgetreu an dem messen dürfe, was sie vor der Wahl angekündigt hätten. Er wurde dafür heftig gescholten, doch in meinen Augen ist dies ein geradezu bedrohlicher Mangel unseres Wahlsystems, durch den die Parteien- und Politikerverdrossenheit in periodischen Abständen unaufhaltsam weiter gesteigert wird. Er resultiert aus der Kombination der Effekte eines Fünf-Kräfte-Parteiensystems und der Verhältniswahl. Nur Parteien, die alleine regieren können, darf man beim Wort nehmen.

Beseitigt werden können diese Strukturdefekte unter den gegebenen Umständen eines Vielpar-

teiensystems nur durch einen grundlegenden Systemwechsel hin zu einem mehrheitsverstärkenden oder stärker mehrheitsbildenden Wahlsystem. Am erfolgversprechendsten wäre der Wechsel zu einem Wahlsystem nach angelsächsischem Muster, also der relativen Mehrheitswahl in Ein-Personen-Wahlkreisen, die häufig regierungsfähige Mehrheiten für eine Partei ermöglichen. Allerdings ist dies nicht immer und überall der Fall, wie uns Kanada und zurzeit auch Großbritannien lehren. Zudem wäre der Preis eines solchen Wahlsystems, dass kleine Parteien nahezu vollständig von der politischen Bildfläche verschwinden und dass ganze Regionen parteipolitisch nur noch durch eine Couleur repräsentiert werden.

Will man diesen Preis nicht zahlen, aber dennoch einigermaßen klarere Mehrheiten haben, bietet sich das Mehrheitswahlsystem mit zwei Wahlgängen an, wie es in Frankreich praktiziert wird: In der ersten Runde sind die Bewerber gewählt, die in ihrem Wahlkreis mehr als 50 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben; in den restlichen Wahlkreisen wird ein oder zwei Wochen später in einer Stichwahl unter den stärksten Bewerbern derjenige gewählt, der eine relative Stimmenmehrheit erzielt. Der Vorteil dieses Wahlsystems gegenüber der relativen Mehrheitswahl besteht darin, dass Parteien zwischen den Wahlgängen Bündnisse zur Unterstützung der jeweils aussichtsreicheren Kandidaten

Nur Parteien, die alleine regieren, darf man beim Wort nehmen.



abschließen können. Dadurch wird es möglich, auch Kandidaten kleinerer Parteien zur Wahl zu verhelfen, indem die größere Partei darauf verzichtet, in einem aussichtsreichen Wahlkreis einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Eine dritte Variante schließlich bestünde in der Einführung eines sogenannten Grabenwahlsystems, wie es in verschiedenen Staaten praktiziert wird. Das Grabenwahlsystem hätte den Charme, dass unser gewohntes System von Erst- und Zweitstimme beibehalten werden könnte und lediglich die Aufrechnung der durch die Erststimme gewonnenen Direktmandate gegenüber den Zweitstimmen unterliebe. Die eine Hälfte der Abgeordneten würde wie gehabt in ihren Wahlkreisen direkt gewählt werden, die andere erhielte mittels der Zweitstimme ihr Mandat. Dazwischen läge ein Graben der Nicht-Verrechnung, daher der merkwürdig anmutende Begriff des Grabenwahlsystems. Der übliche Verhältnisausgleich entfielen. Wie dieses zu klaren Mehrheiten führen kann, indem es die vorne liegende Partei gewissermaßen belohnt, lässt sich am Beispiel der Hessenwahl von 2009 eindrücklich belegen: Die CDU gewann insgesamt 46 von 55 Direktmandaten, die restlichen neun gingen an die SPD. Darüber hinaus bekam die CDU 37,2 Prozent der Zweitstimmen, was nochmals mehr als ein Drittel der Zweitstimmenmandate bedeutet hätte. Erst- und Zweitstimmenmandate addiert, hätte die CDU 62 Prozent der Landtagssitze bekommen

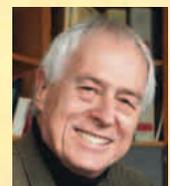
und damit einen klaren Regierungsauftrag erhalten.

Der Bundestag könnte das Bundeswahlgesetz mit einfacher Mehrheit ändern. Doch die Einführung eines Mehrheitswahlrechts nach britischem Muster dürfte schon deshalb aussichtslos sein, weil sich mit dem Argument, damit würden die großen Parteien versuchen, die kleinen zu eliminieren, ein Sturm öffentlicher Entrüstung erheben würde. Zudem sind im kollektiven Gedächtnis der SPD Erfahrungen aus dem Kaiserreich tief verankert, wonach Mehrheitswahlsysteme inklusive der absoluten Mehrheitswahl ungerecht seien. Die weitaus besten Aussichten auf Realisierung hätte vermutlich das Grabenwahlsystem in der oben skizzierten Art, da hier die geringsten Änderungen am Wahlgesetz vorzunehmen wären und die kleinen Parteien überleben könnten.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seinen beiden letzten Wahlrechtsentscheidungen 2008 und 2012 auf diese Wahlsystemvariante verwiesen, die weder Überhangmandate noch negatives Stimmengewicht kennt.

Eine Änderung unseres Wahlsystems hat noch keine Partei auf der Agenda. Doch nicht nur Politik- und Parteienverdrossenheit lassen ein Nachdenken darüber ratsam erscheinen, auch die nicht enden wollenden europäischen Krisenjahre sind ein starkes Argument für klare Mehrheiten im Parlament und den daraus folgenden eindeutigen Regierungsauftrag. ▲

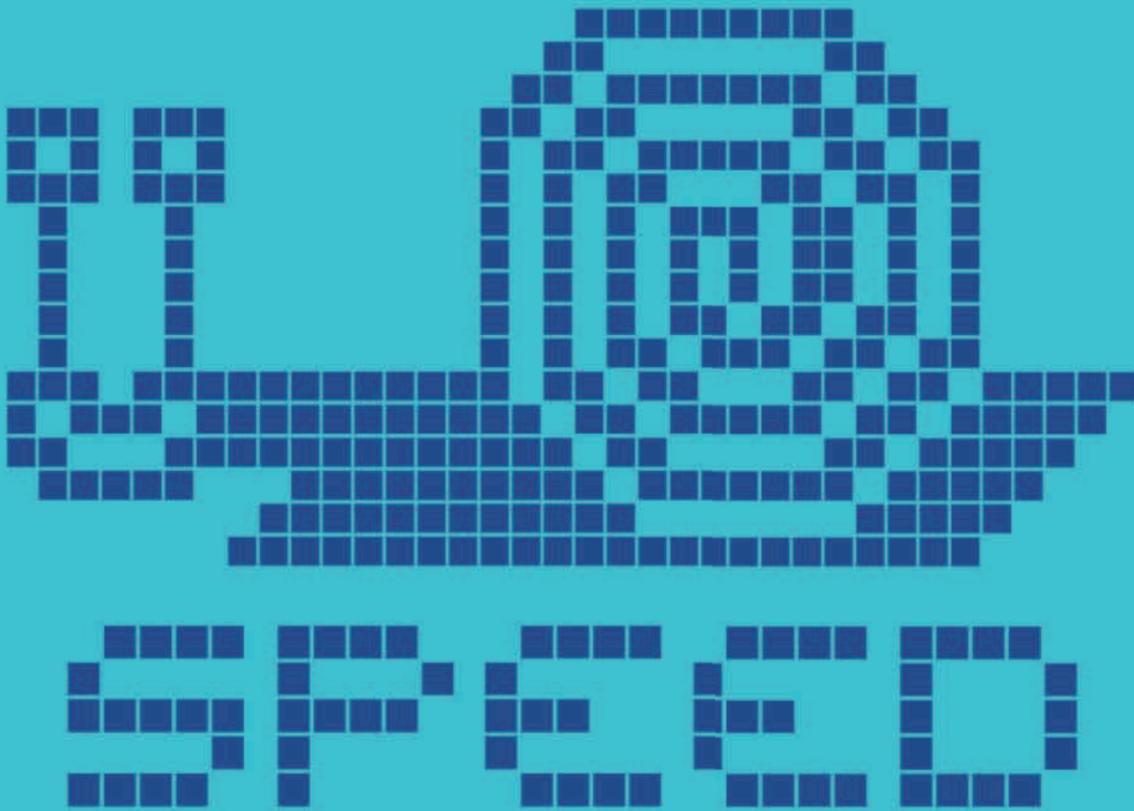
Huch, was haben wir denn da gewählt: Das Wahlsonntag erzwingt oft überraschende Koalitionen.



Prof. Dr. Jürgen W. Falter, 1944 im hessischen Heppenheim geboren, ist einer der bekanntesten deutschen Politikwissenschaftler. Er studierte in Heidelberg und Berlin, lehrte an der Bundeswehrhochschule München und am Berliner Otto-Suhr-Institut, bevor er 1993 an die Johannes-Gutenberg-Universität nach Mainz wechselte. Von 2000 bis 2003 war er Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaften.

Flüssig und blitzschnell

Digitalisierung treibt Politiker zur Hochgeschwindigkeit



Werner Weidenfeld

Die Digitalisierung hat die Welt verändert. Die Transformation in den arabischen Staaten wurde im Wesentlichen online organisiert. Für Diktatoren kann das Internet zur erheblichen Gefahr werden, aber auch Demokratien müssen sich den neuen Gegebenheiten anpassen. Über soziale Netzwerke werden Druck ausgeübt und Proteste organisiert. In Italien steuert Pepe Grillo seine Bewegung „Fünf Sterne“ und lehrt die Parlamentarier in Rom das Fürchten. Ist die digitale Welt eine Bedrohung für die repräsentative Demokratie?



Der Berliner IT-Sicherheits-
experte Arne Schönbohm
hat kürzlich das Buch
„Wie das Internet unser
Leben verändert“ (Edition
Octopus, Münster) heraus-
gegeben, in dem auch der
Beitrag von Prof. Werner
Weidenfeld veröffentlicht
ist. Unter den Autoren des
Buches ist auch Bayerns
Justizministerin Beate Merk.

Seitdem das Internet für die breite Masse der Bevölkerung zugänglich ist und alle Bereiche des öffentlichen Lebens eingenommen hat, wird auch die Reform der repräsentativen Demokratie diskutiert. Ausgangspunkt ist der in zahlreichen politikwissenschaftlichen Theorien seit Langem vorherrschende Gedanke, dass zu einer funktionierenden Demokratie auch die ausreichende Beteiligung der Bürger an der Politik zählt. So entstand die Hoffnung, das Internet schaffe neue Kommunikations-, Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten, welche den Bürger

zu Partizipation am politischen Leben animieren sowie es ihm ermöglichen, sich eine gewisse Expertise bei politischen Sachfragen anzueignen.

Deutschlands Demokratie befindet sich momentan ohnehin an einem Wendepunkt.

Die Skepsis gegenüber den etablierten Parteien nimmt immer weiter zu. Insbesondere die großen Volksparteien verzeichnen sinkende Mitgliederzahlen und leiden zudem an Überalterung, da junge Menschen sich immer seltener politischen Parteien

anschließen und stattdessen Formen der Bürgerbeteiligung außerhalb von Parteien nutzen. Szenarien wie „Stuttgart 21“ gelten als Chiffre für die Krise der repräsentativen Demokratie schlechthin. Doch braucht Politik aufgrund dieser empirischen Befunde und der Möglichkeiten, welche sich durch die Digitalisierung der Welt bieten, ein „neues Betriebssystem“?

Ein neues Konzept der Demokratie, welches durch die Piratenpartei vertreten wird, sieht direktdemokratische neben repräsentativ-demokratischen Elementen vor. Feste Wahlperioden, bei denen der Bürger in regelmäßigen Abständen für Komplettpakete von Parteien stimmen kann, sollen aufgehoben werden. Stattdessen soll der Bürger bei wichtigen Sachfragen entscheiden können, ob er sich selbst an der Abstimmung beteiligt oder seine Stimme an andere Bürger oder Volksvertreter delegiert. Die Entscheidungsgewalt liegt also nicht mehr ausschließlich bei den Mandatsträgern, was zu einer Verflüssigung der Demokratie führt und gleichzeitig zu einer Entmachtung der repräsentativen Demokratie. Stattfinden sollen diese Abstimmungen jeweils online.

Ausgangspunkt ist die Forderung nach Transparenz und der Befund des mangelnden Vertrauens in die gewählten Volksvertreter. Problematisch hierbei bleibt allerdings die Tatsache, dass sich nicht jeder Bürger online beteiligen kann und auch nicht jeder seine Stimme permanent abgeben will. Zudem würden die Parteien, die durch das Grundgesetz, das Parteiengesetz sowie das Bundesverfassungsgericht als für die politische Willensbildung verantwortliche Organisationen beschrieben sind, entmachtet werden. Auch die innerparteiliche Willensbildung soll dem verflüssigten Prinzip folgen, was bislang zu langwierigen und ergebnislosen Diskussionen führt, so dass die Partei einzig als bewegliche Stimmungswolke erscheint. Letztlich zeigt das Schicksal der Piratenpartei selbst, welche Probleme ihr Konzept birgt.

Die Politik bedient sich dennoch bereits online-Instrumenten, welche Prozesse beschleunigen und Bürgern die Beteiligung an politischen Auseinandersetzungen ermöglichen sollen. Konzepte wie E-Demokratie oder E-Government als Formen der digitalisierten Politik beanspruchen für sich jedoch weder die Politikverdrossenheit zu beheben, noch führen sie zur Aushebelung der repräsentativen Demokratie. Vielmehr gelten sie als deren Ergänzungen. Die Begriffe E-Demokratie und E-Government werden häufig synonym benutzt, doch sie unterscheiden sich wesentlich. Während im Rahmen von E-Demokratie Partizipations- und Diskussionsplattformen online betrieben oder Bürgerbegehren organisiert werden, zielt der Begriff E-Government auf die Serviceleistungen der Regierenden ab. Es verbessert die Verwaltung, schafft mehr Bürgernähe und macht die politische Entscheidungsfindung transparenter.

Diese Formen digitalisierter Politik haben bereits Einzug in den politischen Alltag gehalten. Als zen-

trales Beispiel für E-Demokratie kann die Seite *abgeordnetenwatch.de* angeführt werden. Als Austauschplattform stellt sie eine direkte Verbindung zwischen Politiker und Bürger her. Zudem lässt sich nachverfolgen, wie sich einzelne Abgeordnete in Abstimmungen verhalten haben, was für Transparenz und Kontrolle sorgt. Die Abgeordneten sind auch interessiert daran, sich vor dem Bürger immer wieder aufs Neue profilieren zu können.

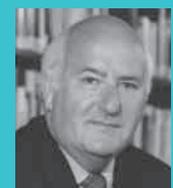
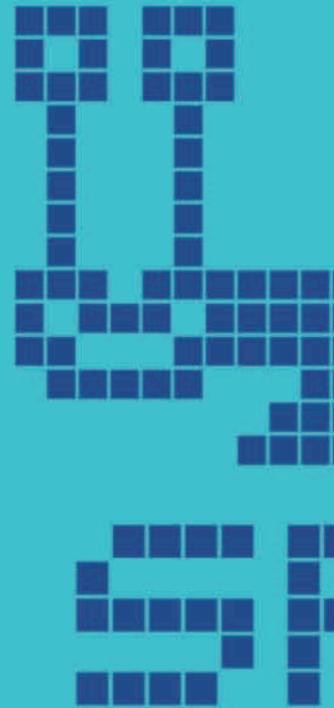
Die Angst, eine weltweite Digitalisierung könnte repräsentative Demokratien aushöhlen, erscheint bislang unbegründet. Vielmehr entwickeln sich neue Formen der politischen Beteiligung. Der Bürger gibt nicht mehr nur in regelmäßigen Abständen seine Stimme ab, sondern er wirkt an der Kontrolle und dem politischen Agenda-Setting aktiv über neue Online-Partizipationsmöglichkeiten mit.

Zudem führt die Digitalisierung zu einer Hochgeschwindigkeitsdemokratie voller Online-Abstimmungen und „Gefällt mir“-Klicks. Es entsteht ein Spannungsfeld zwischen den neuen Anforderungen und der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie, wo bislang in drei Lesungen eine sorgfältige Beratung über politische Sachfragen zu Entscheidungen führt. Der digitale Habitus verlangt heute aber nach unmittelbarer Präsenz und blitzschneller Reaktion. Vermittlungsinstanzen, wie die Redaktionen von Massenmedien, staatliche Institutionen oder Parteien stören hierbei, denn sie sorgen für Verzögerung und nehmen die Direktheit. Digitale Kommunikation erfolgt auf direktem Wege zwischen Entscheidungsträger und Bürger über Twitter, Facebook oder spezielle Online-Plattformen. Der öffentliche Raum wird außen vor gelassen, denn es wird zwischen privat und privat kommuniziert.

Die Mobilisierung bei der Transformation in der Arabischen Welt zeigt, welche Macht durch diese neuen Kommunikationswege ausgeübt werden kann. Das Internet war jedoch auch der Kanal für die Verbreitung von Schmähd-Videos durch Hass-Prediger rund um den Erdball, was etliche Todesopfer zur Folge hatte. Wie das Internet keine nationalen Grenzen kennt, ist die Politik bisher noch überfordert, die digitale Gesellschaft zu ordnen. Fragen zum Umgang mit Urheberrecht, Jugendschutz, Wikileaks, Zensur, Facebook-Kampagnen prägen den politischen Alltag.

Es drängt sich die Frage auf, ob Google angesichts der Hochgeschwindigkeitsglobalisierung nicht mächtiger ist als jede nationale Regierung. „Vielen Politikern fehlt die Netzkompetenz“, sagte Edmund Stoiber und beschreibt damit treffend, was viele ahnen: Die Politik hat sich den neuen digitalen Gegebenheiten noch nicht ausreichend angepasst. Zu beobachten ist ein spannendes Paradox aus der Komplexität und damit einhergehenden Langsamkeit politischer Prozesse und dem raschen gesellschaftlichen und technologischen Wandel hin zu einer digitalen Welt. ▲

Die Digitalisierung führt zu einer Hochgeschwindigkeitsdemokratie voller Online-Abstimmungen und „Gefällt mir“-Klicks.



Professor Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Zwei Schlüssel

Die traurige Bilanz der deutsch-französischen Beziehung

Michael Stürmer

Zwei Träume in einem Bett: Ein trauriges Chanson aus alten Zeiten beschreibt den Zustand der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Frankreich unter Francois Hollande bildet das Scharnier zwischen dem hanseatischen Europa des Nordens und dem mediterranen des Südens: Juniorpartner Deutschlands oder Anführer des Club Med. Deutschland insistiert im Gegenzug zu Solidarität auf Solidität. Man geht einander schwer auf die Nerven.



Was in den 20 Jahren vor dem Euro möglich war: Der Franc wertete gegenüber der D-Mark um 48 Prozent ab, die Peseta um 72,6, die Lira um 78 und die Drachme sogar um 92,5 Prozent.

Die Beziehung ist, so beteuert man in Kanzleramt und Elysée, notwendig und unersetzbar. Aber sie war auch schon lange nicht mehr so schwierig. Konrad Adenauer, der mit Präsident de Gaulle 1961 den Elysée-Vertrag abschloss, wollte ein europäisches Gleichgewicht mit Großbritannien, um nicht, so 1954 wörtlich im vertrauten Kreise, „allein zu sein mit den doch immer hysterischen Franzosen“. Und Helmut Kohl mahnte stets, die Trikolore dreimal zu grüßen: Nicht aus Demut, sondern aus Gründen des Seelenhaushalts. Von de Gaulles Nachfolger Georges Pompidou ist das enthüllende Wort überliefert, die Deutschen hätten zwar die D-Mark, „aber wir haben unsere bombinette“, das atomare Bömbchen. Von seinem Nachfolger Francois Mitterrand konnte man ähnliches hören.

Schon vor der Weltenwende 1989 waren die Verhältnisse schwierig. Seitdem US-Präsident Nixon den Dollar vom Gold abgekoppelt hatte und die Kurse schwankten, ging Deutschland von Aufwertung zu Aufwertung, während jede Regierung in Frankreich suchte, den inneren Sozialvertrag durch immer mehr „etat protecteur“ und ein bißchen Inflation zu bewahren. Am meisten zu Beginn der 1980er Jahre, als die Assemblée Nationale eine linke Mehrheit hatte und Francois Mitterrand Präsident wurde. Während die Bundesbank gegen die inflationären Verwerfungen der zweiten Ölpreiskrise kämpfte, gönnte sich Frankreich ein sozialistisches Schlaraffenland.

Das konnte nicht gut gehen. Das Europäische Währungssystem EWS, wegen seiner graphischen Darstellung auch „Schlange“ genannt, geriet in Gefahr. Während Deutschland vom mittleren Kurs nach oben abwich, rutschten die Franzosen nach unten. 1983 drohte das EWS zu scheitern: Mitten in der Nato-Raketenkrise gegen die Sowjetunion drohte die europäische Integration zu zerfallen. Die Rettung: Die Bundesbank garantierte das Franc-Mark-Verhältnis, die Banque de France wurde unabhängig, aber

„le monstre de Francfort“ machte künftig französische Währungspolitik.

Das konnte nicht dauern. So erhielt Kommissionspräsident Jacques Delors den Auftrag des Gipfels von Fontainebleau, die Wirtschafts- und Währungsunion zu forcieren. Er ahnte, was bevorstand, als er sagte: „Nicht alle Deutschen glauben an Gott. Aber alle glauben an die Bundesbank.“ Deren Meister vertrauten darauf, dass gegen ihren fachlichen Rat die gemeinsame Währung keine Chance hatte. Doch die Weltgeschichte half nach. Als die Berliner Mauer fiel und die Sowjetunion wankte, brauchte Europa ein neues Gleichgewicht. Kohl und Mitterrand fanden es in der gemeinsamen Währung: Monetäres Mittel zum politischen Zweck.

Die exportorientierte deutsche Industrie setzte auf eine weiche Währung, während die Regierung Kohl/Waigel eine härtere D-Mark versprach, abgesichert durch die Maastricht-Verträge sowie den Stabilitäts- und Wachstumspakt – alles mittlerweile, leider unter Führung von Paris und Berlin, entwertete Papiere. Die globale Finanzkrise verband sich mit der Staatsschuldenkrise, diese mit einer Bankenkrise. Hinter allem aber steht eine Krise des politischen Vertrauens, ja der demokratischen Institutionen, in Italien und anderswo. Jeder externe Schock kann zur Stunde der Wahrheit werden.

Die gemeinsame Währung sollte das goldene Band um Europa sein. Stattdessen ist sie zum Reibisen geworden. Alles auf Anfang? Das ist nichts als Trümmerei. Wohin stattdessen? Führung wird verlangt. Frankreich und Deutschland haben, jeder für sich und beide zusammen, eine Schlüsselrolle. Aber sie haben verschiedene Schlüssel – und keiner passt. Kein Wunder, dass Europa unter den Europäern en baisse gehandelt wird. Ist ein neuer Vertrag die Antwort, um alles zu richten? In der Theorie lautet die Antwort Ja. Im praktischen Leben aber wäre „muddling through“ schon eine große Leistung. ▲



Prof. Dr. Michael Stürmer ist Chefkorrespondent der Tageszeitung DIE WELT. Der Historiker war Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl und Leiter der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Teller statt Tonne

Lebensmittel sind zu schade für den Müll – Interview mit Ilse Aigner

Deutschland lebt im Überfluss: Jährlich landen 20 Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll. Eine gigantische Verschwendung. „Viele Menschen haben den Bezug zu Lebensmitteln verloren, manche interessieren sich mehr dafür, welches Öl sie in Ihr Auto kippen als für Frage, wie sie sich selbst versorgen“, bedauert Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner im Gespräch mit Peutinger-Chefredakteur Peter Schmalz. Mit der Kampagne „Zu gut für die Tonne“ wirbt die CSU-Politikerin dafür, den Wert der Nahrung wieder schätzen zu lernen.

Der Peutinger: Nachkriegskinder kennen noch den strengen Spruch der Mutter: „Der Teller wird leergegessen.“ Heute landen bei uns jährlich 20 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll. Haben wir das Gefühl für den Wert von Brot, Wurst oder Milch verloren?

Ilse Aigner: Wir leben in einer Überflusgesellschaft. Leider ist vielen Menschen der Bezug zu Nahrungsmitteln verlorengegangen. Um Lebensmittel muss man sich nicht mehr bemühen, es ist selbstver-

ständig geworden, sie ausreichend, zu erschwinglichen Preisen und in guter Qualität zur Verfügung zu haben. Aber ältere Menschen erinnern sich an die Zeit, als Lebensmittel noch Mangelware waren. Vor einigen Wochen haben wir den Geburtstag unseres Grundgesetzes von 1949 gefeiert: Damals gab es noch Rabattmarken auf limitierte Lebensmittel. Wer sich an unsere wechselvolle Geschichte erinnert, geht mit Lebensmitteln sorgsamer um. →

„Lebensmittel müssen mehr Wertschätzung erfahren“ – dafür wirbt Bundesverbraucher-schutzministerin Ilse Aigner mit der Aktion „Zu gut für die Tonne“.



Über 30 Prozent der weltweit für den menschlichen Bedarf produzierten Lebensmittel landen auf dem Müll. Das ergab eine Studie der Welternährungsorganisation FAO.

DP: Umfragen zeigen: Die Kunden wollen gute Qualität auf dem Teller. Im Supermarkt aber greifen sie zum billigsten Schweinefleisch-Schnäppchen.

Aigner: Ich werbe dafür, dass Lebensmittel mehr Wertschätzung erfahren. Natürlich gibt es viele Leute in unserem Land, die jeden Cent umdrehen müssen. Denen kommen das niedrige Preisniveau und der scharfe Wettbewerb in Deutschland sehr zugute. Es gibt aber auch eine Vielzahl von Verbrauchern in Deutschland, die frei wählen können aus dem großen Angebot und durchaus etwas mehr ausgeben könnten für Lebensmittel. Aber leider interessieren sich manche Menschen mehr dafür, welches Öl sie in ihr Auto kippen als für die Frage, wie sie sich selbst versorgen. Anders als bei manchen europäischen Nachbarn ist Ernährung in Deutschland nicht gerade eine Prestigefrage. Welches Auto ich fahre, welche Kleidung ich trage, ob und wie oft ich in Urlaub fahre, ist dagegen schon eher ein Gesprächsthema, bei dem man seinen sozialen Standard zeigen kann.

DP: Was wir essen, ist uns dann aber doch nicht ganz egal. Die Empörung über Lebensmittelskandale bekommen Sie immer wieder zu spüren. Und jedes Mal ist auch die Nachfrage nach besserer Qualität gestiegen.

Aigner: Ich kann die Empörung der Verbraucher gut verstehen – ich war selbst empört über die Vorfälle und habe auch dafür gesorgt, dass die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden, dass es klare Konsequenzen gibt und mehr Kontrollen. Wenn man aus diesen Vorfällen etwas Positives ziehen will, dann vielleicht den Trend, dass manche Verbraucher sich wieder mehr Gedanken machen über Ernährung. Das zeigen auch Umfragen. Es gibt eine wachsende Zahl von Verbrauchern, für die ist nicht mehr nur der Preis entscheidend, sondern auch die Frage nach dem Tierwohl, nach der Regionalität oder nach Bioqualität. Ich gebe aber zu: Entscheidend ist, dass das bei Umfragen bekundete Interesse der Verbraucher auch an der Ladentheke zum Ausdruck gebracht wird. Wunsch und Wirklichkeit klaffen da häufig auseinander.

DP: Viele Menschen sind allerdings gezwungen, streng auf den Preis zu schauen.

Aigner: Genau. Und deshalb darf die Sicherheit der Lebensmittel auch nie eine Preisfrage sein. Alle Lebensmittel, die in Deutschland auf den Markt kommen, müssen sicher sein – egal ob auf dem Wochenmarkt, im Discounter oder im Feinkostladen. Wir bemühen uns, durch besondere Kennzeichnungen denjenigen zu helfen, die bestimmte Qualitäten bei der Herstellung unterstützen wollen und bereit sind, dafür auch mehr zu zahlen – etwa für besonders hohe Tierschutzstandards.

DP: Die Erfahrung zeigt, dass gerade weniger Bemittelte zu vorgefertigten Produkten greifen. Dabei könnten sie sich mit frischem Gemüse einen Eintopf kochen, der billiger und auch noch gesünder wäre.

Aigner: Sie haben völlig recht: Selber kochen ist meist günstiger als Fertigprodukte zu kaufen. Allerdings muss man die Zeit zum Zubereiten aufbringen, und viele haben das Kochen gar nicht gelernt.

DP: Weil in den Familien nicht mehr gekocht wird. Wäre dies nicht ein Auftrag an die Schulen?

Aigner: Ja, und mein Ministerium unterstützt die Schulen dabei: Wir haben für die Grundschulen einen Ernährungsführerschein entwickelt, um den Schülern zumindest die Grundlagen mitzugeben. Da bereiten die Kinder einen Pausensnack zu, schnippeln Gemüse und lernen spielerisch mit guten Produkten gesunde Gerichte zu kochen. Und wenn's gut läuft, tragen die Kinder dieses Wissen und die Begeisterung in die Elternhäuser.

DP: Sie haben im vergangenen Jahr die Kampagne „Zu gut für die Tonne“ gestartet. Der Wegwerfberg ist kaum kleiner geworden. War die Kampagne für die Tonne?

Aigner: Ein gutes Jahr nach dem Start unserer bundesweiten Initiative gegen Lebensmittelverschwendung kann ich eine durchwegs positive Zwischenbilanz ziehen: Partner aus fast allen Gesellschaftsbereichen und der Wirtschaft haben sich bereits mit konkreten Projekten dem Bündnis gegen Lebensmittelverschwendung angeschlossen, darunter Städte und Kommunen, Schulen, Krankenhäuser, Tafeln, der Einzelhandel, die Gastronomie und die Kirchen. Auch viele Verbraucherinnen und Verbraucher hat

Sie kennen keinen Überfluss: Weltweit hungern Millionen Kinder, viele können nur durch Lebensmittelspenden überleben.



die Initiative erreicht. Es zeigt sich, dass es viele Möglichkeiten gibt, Lebensmittelabfälle deutlich zu reduzieren und dass jeder Einzelne einen Beitrag dazu leisten kann. Wir werden die Initiative deshalb mit vereinten Kräften vorantreiben. Deutschland kann Vorreiter sein beim Kampf gegen die Verschwendung. Andere Staaten tappen hier noch im Dunkeln – wir haben 2012 erstmals die Menge der weggeworfenen Lebensmittel für Deutschland schätzen lassen. Es wäre etwas vermessen, für 2013 schon eine Trendumkehr zu erwarten.

DP: Auch ohne Zahlen haben Sie ein gutes Gefühl?

Aigner: Wir haben durchaus Zahlen, die positiv stimmen: Immerhin hat schon jeder zweite Bürger von unsere Aktion gehört. Und jeder vierte Verbraucher hat erklärt, dass er sein Verhalten bereits geändert hat. Das ist doch ein schöner Erfolg.

DP: Das schlechte Gewissen ist vorhanden?

Aigner: Ich würde eher sagen: Es gibt ein wachsendes Bewusstsein, dass wir mit Lebensmitteln sorgsamer umgehen müssen. Und das beginnt im Kleinen. Dass man schon beim Einkaufen daran denkt, ob man wirklich so viele Lebensmittel braucht. Oder dass man überlegt, was man mit den Sachen im Kühlschrank noch etwas Sinnvolles anfangen kann, bevor man Nachschub holt und Nahrungsmittel vor schnell wegwirft.

DP: Aber dennoch: Der Apfel mit einem kleinen Fleck bleibt liegen und wir greifen zu dem makellosen mit den roten Bäckchen. Lassen wir uns beim Kauf zu sehr von der Optik leiten?

Aigner: Es ist doch menschlich verständlich, dass Verbraucher lieber zu den schönen und makellosen Produkten greifen. Aber der Handel könnte beim Gemüse durchaus zwei Klassen anbieten. Der Apfel mit der Delle ist ja nicht schlecht. Ich schneide die Stelle heraus und habe eine prima Frucht.

DP: Sind die zahlreichen Tafeln, die Lebensmittel an Bedürftige abgeben, eine Hilfe gegen die Verschwendung?

Aigner: Auf alle Fälle. Ich finde es gut und richtig, wie diese Initiativen arbeiten. Kürzlich habe ich in Köln eine Vertreterin der dortigen Tafel getroffen. Dank einer guten Kooperation mit dem Einzelhandel bekommen sie die Ware schon fünf Tage vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums und können die Lebensmittel somit an Bedürftige weitergeben. Das ist eine segensreiche Einrichtung.

DP: Kritiker sagen, es sei eine Schande für das reiche Deutschland, dass Arme auf solche Spenden angewiesen sind.

Aigner: Durch die Sozialhilfe haben Bedürftige die Möglichkeit, ihr tägliches Essen selbst einzukaufen. Wenn aber die weniger Bemittelten diese Lebensmittelspenden, die ja einwandfrei sind in der Qualität, verwenden und ihr knappes Geld für andere Ausgaben sparen können, dann ist das eine gute Sache. Nebenbei wird verhindert, dass wertvolle Lebensmittel weggeworfen werden.



DP: XXL-Packungen im Supermarkt, Riesenportionen im Lokal. Da wandert vieles auf den Müll.

Aigner: Deshalb habe ich mit dem Hotel- und Gaststättenverband eine Initiative gestartet, in Kantinen und Restaurants unterschiedliche Portionsgrößen anzubieten. Kleinere Portionen reduzieren den Abfall und sind gut für die Figur und den Geldbeutel. Meine Botschaften an den Handel: Er sollte stärker berücksichtigen, dass Singles mittlerweile mehr als ein Drittel der deutschen Haushalte stellen. Da passen Megaportionen nicht mehr in die Zeit.

DP: Wie schafft es eine vom Terminkalender getriebene Ministerin, den eigenen Haushalt verschwendungsfrei zu halten?

Aigner: Indem ich weniger einkaufe.

DP: Und dann hungern?

Aigner: (lacht) Mal ein paar Kalorien weniger, ist ja auch nicht schlecht. Aber mein bester Verbündeter beim Kampf gegen Lebensmittelverschwendung ist die Tiefkühltruhe. Wenn ich für mich allein koche, kann ich portionsweise einfrieren und bei Bedarf darauf zugreifen. Brot zum Beispiel lässt sich auch gut einfrieren und auftauen.

DP: Gibt es auch Tage, an denen Sie mit Lust am Herd stehen?

Aigner: Ja, aber diese Tage sind selten. Wenn ich dann mal Zeit zum Kochen habe, dann mache ich es mit Spaß.

DP: Und was ist dabei der größte Spaß?

Aigner: Gemeinsam mit Freunden in der Küche stehen und ein gutes Essen kochen, das ist schön. Wobei ich zugeben muss, dass ich keine Meisterköchin bin. Am liebsten bereite ich eine Nudel- oder Reispfanne mit frischem Gemüse zu. Oder auch mal Semmel- schmarrn oder ein Gröstl, wenn Fleisch vom Vortag übriggeblieben ist. Und das schmeckt dann auch, wenn auch nicht immer gleich (lacht).

DP: Im Herbst wechseln Sie in den Bayerischen Landtag. Werden Sie Eisbein und Currywurst vermissen?

Aigner: Weniger. Mehr vermissen werde ich die Kolleginnen und Kollegen im Parlament und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist ein tolles Team – wir können gemeinsam stolz sein auf das Erreichte. Je näher der Abschied kommt, desto öfter schleicht sich bei mir schon mal ein bisschen Wehmut ein. Aber wenn ich dann an meine bayerische Heimat denke, überwiegt doch die Vorfreude! ▲

Ministerin teilt aus: Ilse Aigner bei der Münchner Tafel.



Ilse Aigner, 1964 in oberbayerischen Feldkirchen-Westerham geboren, lernte Elektrotechnik und war vier Jahre Landtagsabgeordnete, bevor sie 1998 in den Bundestag wechselte. Seit Oktober 2008 ist sie Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz als Nachfolgerin von Horst Seehofer, der Ministerpräsident in Bayern wurde. Wenn Ilse Aigner im Herbst in den bayerischen Landtag zurückkehrt, gilt sie auch hier als seine mögliche Nachfolgerin.

Verlorenes Herz

Stammwähler fühlen sich von der CDU verlassen

Werner Münch

Lange hatte ich mit mir gerungen, bevor ich Anfang der 70er Jahre der CDU beitrat. Schließlich entschied ich mich für diese Partei, weil sie deutlicher oder gar im Gegensatz zu anderen für die Stärkung der Familie und den Schutz des Lebens, auch des ungeborenen, eintrat. Doch was ist geblieben von dem, was damals mein parteipolitisches Engagement begründet hat? Was ist geschehen, dass ich meiner Partei wieder den Rücken gekehrt habe?

Als ich CDU-Mitglied wurde, beschrieb das Grundsatzzprogramm der CDU die Ehe als das „Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau“ und als die „beste Grundlage für die gemeinsame Verantwortung von Mutter und Vater in der Erziehung der Kinder“. Seit 2010 heißt es stattdessen nur noch: „Wir spielen verschiedene Familienmodelle und Lebensentwürfe nicht gegeneinander aus.“

Immerhin lehnte der Parteitag in Hannover im Dezember vergangenen Jahres die steuerliche Gleichstellung von eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im Ehegattensplitting noch ab und bekannte sich zur „Förderung und steuerlichen Privilegierung der vom Grundgesetz besonders geschützten Ehe und Familie“. Doch als nur wenig später das Bundesverfassungsgericht zuerst das Verbot der sukzessiven Adoption und dann die steuerliche Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften kippte, frohlockten auch führende CDU-Vertreter. Statt für bisher als unumstößlich geltende Grundsätze politisch zu kämpfen, waren sie zunächst in Deckung geblieben und sagten jetzt eine schnelle gesetzliche Umsetzung noch vor der Bundestagswahl zu, allen voran – wieder einmal – Wolfgang Schäuble und Ursula von der Leyen.

Ein Kniefall vor dem Zeitgeist, der schon während der Großen Koalition als bevorzugte Haltung der neuen Merkel-CDU erkennbar war. Kürzlich schrieb *Die Zeit* despektierlich, aber leider nicht ganz falsch: „Wo immer der Mainstream hinfließt, da haben die Schwarzen ihr Badehöschen an.“ Wobei ich als ehemaliger CDUler der bayerischen CSU Respekt bezeugen muss: Sie hat beim Betreuungsgeld aller Kritik und allem Spott auch aus der CDU getrotzt und durchgesetzt, dass auch Mütter, die ihre ein- bis dreijährigen Kleinkinder zu Hause erziehen und nicht staatlichen Betreuern überlassen wollen, einen kleinen finanziellen Ausgleich erhalten. 150 Euro bekommen sie, ein staatlicher Krippenplatz kostet über 1000. Nur halbherzig hat die CDU mitgemacht.

Und was ist aus dem zweiten Essential meines Parteibeitritts geworden, dem Schutz des Lebens? In

der Frage der Abtreibung hat die CDU früher für den Schutz des ungeborenen Lebens gekämpft, auch wenn sie nicht verhindern konnte, dass in Deutschland jährlich über 100.000 Mal werdendes Leben getötet wird. Auf dem Parteitag 2012 aber lehnte die Mehrheit der Delegierten einen Antrag ab, der von den Schwangerschafts-Beratungsstellen nichts anderes anmahnt, als dass sie die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen zum besseren Schutz des Lebens, also ihre ureigenste Aufgabe, auch tatsächlich erfüllen.

Ähnlich ist der Schwenk bei der Stammzellenforschung. Vor wenigen Jahren hieß es noch: „Wir wollen die Beibehaltung des konsequenten Embryonenschutzes und wenden uns gegen eine verbrauchende Embryonenforschung.“ Angeführt von Angela Merkel und Annette Schavan entschied der Parteitag 2010, den Stichtag zur Nutzung von Stammzellen um mehr als 5 Jahre zu verschieben. Und als der Bundestag über die Legalisierung der Präimplantationsdiagnostik (PID) entschied, lag ein vom evangelischen Pastor Peter Hintze (CDU) mit unterzeichneter Antrag vor, der im Ergebnis nichts anderes bedeutet, als dass der Mensch im frühesten Stadium seiner Existenz einer Qualitätskontrolle unterzogen wird, womit die Chance zum Leben von einem Eignungstest abhängig gemacht wird.

Diese CDU ist nicht mehr „meine“ CDU. Sie hat ihr Herz verloren, sie hat keinen Kompass mehr. Zur Sicherung des Machterhalts wirft sie reihenweise Grundsätze über Bord. Die Partei hat sich von ihren früheren Stammwählern entfernt – nicht umgekehrt! Meine Toleranzgrenze war endgültig überschritten, als die Parteivorsitzende unter Missachtung aller Regeln der Diplomatie und des persönlichen Anstands, im Beisein eines zentralasiatischen Diktators den Papst aufforderte, sich eindeutig zum Holocaust zu äußern. Was dieser vorher bereits mehrfach deutlich getan hatte.

Enttäuscht und traurig habe ich mich von der Partei abgewendet, für die ich fast 38 Jahre und auch in hohen Positionen gerne gearbeitet habe. Mein christliches Gewissen akzeptiert zwar einen politischen Pluralismus, aber ethische Grundsätze sind für mich nicht verhandelbar. ▲



Prof. Dr. Werner Münch, 1940 in Bottrop geboren, war Hochschulrektor und Europaabgeordneter. In Sachsen-Anhalt war er Finanzminister und Ministerpräsident. Wegen der Gehälteraffäre trat er 1993 zurück, wurde aber vor Gericht von allen Vorwürfen freigesprochen. Münch ist Kuratoriumsmitglied im Forum Deutscher Katholiken.

Kein Griff in fremde Kassen

Sparkassen-Gelder nicht für Europas Pleitebanken

Georg Fahrenschon

Nach rund sechs Jahren Krise hat die Finanzwirtschaft einen schweren Stand: Das Vertrauen der Kunden ist tief erschüttert, Wertpapiere haben an Attraktivität verloren und die Politik muss unter dem Druck einer andauernden Krise notwendige Regulierungen für die Finanzwirtschaft finden und eine neue Finanzarchitektur zu gestalten. Zu den stabilen Mauern, die ein wetterfestes europäisches Haus benötigt, gehören drei wesentliche Bausteine: eine stabilitätsorientierte Schulden- und Währungspolitik; eine Finanzmarktregulierung, die tatsächlich Stabilität erzeugt; eine dezentrale Kreditwirtschaft, die auf das Wohl der Kunden und auf das Wohl der Region ausgerichtet ist.



Für die Euroländer stellt sich dabei die entscheidende Frage, welcher Stabilitätskultur sie in der Zukunft folgen wollen. Die Währungsunion hat zwar ein sogenanntes Bailout-Verbot vereinbart, wonach kein Land für die Schulden eines anderen Landes einzustehen hat, gleichwohl muss Deutschland wissen, dass es sich mit dem Beitritt zur Währungsunion auch gewissen Solidarverpflichtungen unterworfen hat.

Ebenso illusorisch wäre es zu glauben, eine gemeinsame Währung könnte auf Dauer ohne politische Einheit funktionieren. Also stehen wir vor der Aufgabe,

gemeinsam ein neues europäisches Haus zu bauen. Auch mit deutscher Hilfe. Und das auch aus eigenem Interesse, denn unser Land wird von der Währungsunion wirtschaftlich und politisch profitiert.

Dabei muss aber allen klar sein: Solidität und Solidarität sind zwei Seiten ein und derselben (Euro) Münze. Nur wer die notwendigen, möglichen und zumutbaren eigenen Anstrengungen unternimmt, kann Hilfe Dritter erwarten. Das ist die unveränderliche Grundlage der Währungsunion. Und es entspricht unserem deutschen Stabilitäts- →

Das Sparschwein wehrt sich: Die Sicherheitseinlagen, mit denen deutsche Sparkassen und Raiffeisenbanken das Ersparnis ihrer Kunden schützen, sind kein Notgroschen für ganz Europa.

„Die Sparkassen haben über viele Jahre hinweg Vertrauensbildung durch Nähe zum Kunden geschafft“, lobt Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Sparkassentag in Dresden. Präsident Georg Fahrenschon hört die Worte gern.



verständnis. Besonders in den letzten Monaten ist der Zusammenhang von Solidität und Solidarität immer wieder in hohem Maße relevant gewesen.

Auf den Höhepunkten der Krise war nur noch die Europäische Zentralbank handlungsfähig. Doch diese Fokussierung auf die EZB ist nicht ohne Gefahren. Mit „ungewöhnlichen Maßnahmen“ wie dem Kauf von Staatsanleihen oder der Ausgabe von sehr billigem Geld an Banken bewegt sie sich nahe an der Staatsfinanzierung. Im Kern geht es ja auch gerade darum, hoch verschuldeten Staaten mindestens indirekt günstige Zinsbedingungen für Refinanzierungen oder gar neue Schulden zu ermöglichen.

Hinzu kommt die außergewöhnliche Niedrigzinsphase, die bereits geraume Zeit andauert. Sicher kann die EZB den Zinssatz innerhalb einer Währungsunion nicht allein nach deutschen Bedürfnissen festlegen kann, sie muss auch die Bedingungen in den anderen Euroländern beachten. Allerdings kommen die niedrigen Zinsen kaum bei ausländischen Unternehmen, etwa den Mittelständlern in den Krisenstaaten, an. Viel eher wird das billige EZB-Geld von Banken zur Investition in Staatsschulden eingesetzt – immer im Vertrauen darauf, dass im Notfall weitere Rettungsmaßnahmen helfen würden. Damit verstärkt sich in den Krisenländern die gegenseitige Abhängigkeit von Banken

und Staaten. Zugleich wird die Bonität kriselnder Euro-Staaten nicht mehr marktgerecht bewertet, sondern durch Solidarmaßnahmen subventioniert, was den den Reformdruck mindert und erhebliche Stabilitätsgefahren birgt.

Zudem mindern niedrige oder gar negative Realzinsen das Vermögen der Sparer. Hält dieser Zustand länger an, sinken die Anreize zur Eigen- und zur Altersvorsorge und öffentliche Haushalte, Unternehmen und Privatpersonen werden erneut zu übermäßigen Schulden verführt. Mit billigem Geld und Staatsfinanzierungen durch Notenbanken wird international die „Büchse der Pandora“ geöffnet, Schritt für Schritt fallen die Hemmungen, Notenbanken für politische Zwecke einzuspannen.

Europa muss sehr bald den Einstieg in den Ausstieg aus der Niedrigzinsphase und auch aus der auf Staatsfinanzierung ausgerichteten Geldpolitik finden. Der EZB wird dies aber nur möglich sein, wenn Politiker durch entschlossene Reformen die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Länder steigern.

Die Finanzkrise hat auch gezeigt, dass wir in Teilen eine strengere Finanzaufsicht und dazu auch gemeinsame europäische Standards benötigen. Allerdings halte ich es weder für erstrebenswert noch für angemessen, wollte eine europäische Aufsichtsbehörde Sparkassen und deren Engagement

Über 40 Prozent aller Unternehmenskredite in Deutschland werden von Sparkassen und Landesbanken vergeben. Bei ihnen liegen ebenfalls 40 Prozent der privaten Ersparnisse.

Von der Armenkasse an Europas Spitze



Vorläufer der Sparkasse waren Waisenkassen und Leihhäuser, die erste Sparkasse entstand 1778 in Hamburg, die erste bayerische öffnete 1821 in Nürnberg. Sie sollten ärmeren Bevölkerungsschichten eine sichere Möglichkeit eröffnen, kleinste Kapitaleinlagen zur Risikovorsorge im Alter oder bei Krankheit verzinslich zurückzulegen. Heute gelten die fast 500 deutschen Sparkassen als wichtigster Kreditgeber der mittelständischen Unternehmen. Mit einer jährlichen Bilanzsumme von 31,5 Milliarden Euro ist die Hamburger Sparkasse die größte, auf dem fünften Platz liegt die Stadtparkasse München mit 16,2 Milliarden.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV) repräsentiert die Sparkassen-Finanzgruppe mit fast 250.000 Mitarbeitern und einem Geschäftsvolumen von rund drei Milliarden Euro. Die Sparkassen-Finanzgruppe ist die größte kreditwirtschaftliche Gruppe Europas. Präsident des deutschen Sparkassen-Verbands ist seit Mai 2012 der frühere bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon. Präsident des Sparkassenverbands Bayern ist bis April nächsten Jahres der ehemalige CSU-Landrat Theo Zeller, zu seinem Nachfolger ist der Kemptener CSU-Oberbürgermeister Ulrich Netzer bereits gewählt.

für den Mittelstand daraufhin überprüfen, ob diese die europäische Finanzmarktstabilität gefährden. Da würde mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Mit der starken Verankerung im mittelständischen Kreditgeschäft sind die deutschen Sparkassen eine europäische Besonderheit. Diese darf nicht einem europäischen Vereinheitlichungstrend geopfert werden.

Keinesfalls dürfen Gelder der Einlagensicherung, die unsere Kunden angespart haben, für in Schiefelage geratene Groß- und Investmentbanken in Europa verwendet werden. Wir sichern die Einlagen unserer Kunden zu 100 Prozent. Andere sollen in ihren Ländern das europäische Mindestniveau aus eigener Kraft sicherstellen. Unter mehr Gemeinsamkeit in Europa stellen wir uns nicht den regelmäßigen Griff in fremde Kassen vor.

Wir müssen uns auch hüten vor regulatorischen Eingriffen durch die Europäische Bankenaufsicht auf unsere erfolgreichen Mittelstandskredite, die in Europa einmalig sind. Würden sie durch bereits angedachte Regulierungen verteuert, könnte dies mehr negative Auswirkungen auf unsere soziale Marktwirtschaft haben, als dies im ersten Augenblick sichtbar ist.

Die vergangenen Krisenjahre haben geradezu dramatisch bewusst gemacht, wie sehr die Finanzwirtschaft von Verantwortung, Verlässlichkeit und Stabilität abhängig ist. Das aber heißt: Eine zukunftsfähige Finanzwirtschaft muss wieder die Akzeptanz der Menschen gewinnen und sich auf die alten Grundfunktionen von Kreditinstituten besinnen. Die Geldinstitute als Teil dieser Finanzwirtschaft haben ein klar umrissenes Aufgabengebiet. Sie solle Einlagen von Kunden entgegennehmen, sicher verwahren und so anlegen, dass die Grundsubstanz erhalten und mindestens der inflationsbedingte Wertverlust ausgeglichen wird. Zudem sind diese Einlagen gebündelt und verlässlich für volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen wieder zur Verfügung zu stellen.

Diese Beschreibung der Aufgaben von Kreditinstituten mag langweilig klingen, ihre Brisanz aber bezieht sie daraus, dass viele Geldinstitute diesen Basisanforderungen heute kaum mehr gerecht werden. Immer mehr Banken stellen sich gar nicht der Aufgabe, einer Mehrheit der Bevölkerung sichere Anlagemöglichkeiten zu bieten. Das klassische Kundengeschäft galt über Jahre hinweg als langweilig und nicht renditeträchtig genug. Heute wollen viele die Einlagen von Kunden, aber nicht alle wollen die Kunden selbst.

Kunden wollen nicht nur Rendite, sondern auch die Gewissheit, dass ihr Geld sinnvoll und ethisch einwandfrei eingesetzt wird. Für die dezentrale Kreditinstitute wie die Sparkassen ist verantwortungsbewusstes, nachhaltiges Wirtschaften selbstverständlich: Sie können die Verwendung der Mittel vor Ort deutlich machen. Mittelstandskredite an Unternehmen, die den Wohlstand vor Ort sichern,

sind dabei wichtig. Aber auch die Finanzierung der Energiewende gibt viele neue Möglichkeiten, Einlagen einen für Kunden spürbaren Sinn zu geben.

Ein modernes Kreditinstitut muss darüber hinaus menschliche Beratung und technologischen Exzellenz verbinden. Lange Zeit waren die Geschäftsstellen der einzige Ort, wo Menschen ihre Bankgeschäfte abwickeln konnten. Als in der Web-1.0-Welt Online-Banken aufkamen, schien manchen die Filiale bereits als überflüssiger Ballast. Eine Krasse



Fehleinschätzung. Reine Online-Banken schicken ihre Kunden in menschenleere Technikhallen und lassen sie dort mit Bits und Bytes allein. Im neuen Web 2.0-Zeitalter geht es dagegen um soziale Kontakte. Social Media verlangt, Kontakte zwischen Kunden und echten Beratern aus der realen Welt technologisch abzubilden. Nur wer das schafft, wird in einer digital dominierten Welt Vertrauen gewinnen. Diese Chancen können nur Kreditinstitute nutzen, die – nicht zuletzt über Geschäftsstellen – viele Millionen solcher realen Kundenkontakte haben. Nur sie haben die Möglichkeit, auch im Netz den Kunden persönlich bekannte Berater zur Seite zu stellen.

Deutschland hat eine besondere Stabilitätsorientierung. Sie äußert sich in einer ausgeprägten Sparkultur und einer vorsichtigen, auf Substanzerhalt ausgerichteten Geschäftspolitik vor allem der mittelständischen Unternehmen.

In der Folge hat sich die deutsche Wirtschaft von den Unsicherheiten in der europäischen Staatsschuldenkrise vergleichsweise wenig beeindruckt lassen. Zu dieser Stärke trägt auch der Teil der deutschen Finanzwirtschaft bei, der in seiner eigenen Aufstellung den dezentralen Strukturen des Mittelstandes folgt. Es war eben kein Zufall, dass in der Krise gerade die dezentralen Kreditverbände durch ihr an der Realwirtschaft ausgerichtetes Geschäftsmodell wesentlich zur Stabilität der Volkswirtschaft beigetragen haben.

Auch dies mahnt uns, in Europa darauf zu achten, dass langfristige Stabilität wieder Vorrang erhält vor kurzfristiger Stabilisierung. ▲

Mit zehn Dresdner Thesen forderte der 24. Deutschen Sparkassentag in der sächsischen Landeshauptstadt die europäische Währungsunion auf, wieder zu einer Stabilitätsunion zu werden.



Georg Fahrenschon, 45, war bayerischer Finanzminister und ist seit Mai 2012 Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), in dem 422 Sparkassen zusammengeschlossen sind. Seine politische Karriere begann der verheiratete Vater zweier Töchter 2002 als CSU-Bundestagsabgeordneter in Berlin..



Nach italienischem Vorbild gebaut und mit Waren aus Italien gefüllt: Das spätgotische Stadtpalais der Fugger am Augsburger Rinder- und Heumarkt.

Die Kaiser-Macher

Die Päpste und Monarchen brauchten das Geld der Fugger

Harald Fuchs

Ein Bestseller des vergangenen Jahres trug den Titel „Was man mit Geld nicht kaufen kann“. Es war der Versuch eines als Star gefeierten Harvard-Professors, einer angeblich durch und durch von Finanzgier verdorbenen Gesellschaft die Romantik einer Welt ohne gebündeltes Bares entgegen zu stellen. Das Buch wurde ein Welterfolg, allerdings nur zu kaufen mit Geld. Mit genau 19,99 Euro pro Exemplar.



Die Geburtsurkunde: In einem Brief von 1486 wird erstmals die „Banck von Ulrichen fugker“ erwähnt.

Man könnte es sich leicht machen und lästern: Ohne Moos nichts los. Nicht einmal die Kritik am Geld. Aber man kann es auch ernsthafter versuchen und in die Vergangenheit schauen: War es früher tatsächlich so anders? Gab es diese glückliche Welt ohne Markt und ohne Finanzen? Blicken wir ein halbes Jahrtausend zurück, als in Augsburg die ersten Fugger den Grundstein legten für eine über Jahrhunderte hinweg erfolgreiche Geschichte von Kaufleuten und Bankiers.

Es ist Mitte des 14. Jahrhunderts. Der Luxemburger Karl IV. ist Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Deren bevölkerungsreichste Städte sind neben Köln die beiden Reichsstädte Nürnberg, wo 1355 die Frauenkirche eingeweiht wird, und Augsburg. Die Schwaben-Metropole profitiert von einer günstigen Verkehrslage, die noch die Römer eineinhalb Jahrtausende zuvor mit ihren Militärstraßen geschaffen haben. Über die Alpen geht ein reger Handel hin und her. Aus Norditalien kommen Frachtwagen, hochbeladen mit Baumwolle aus Ägypten, Syrien und Zypern, aus der die begehrten weichen Baumwolltuche gewebt werden.

Doch seit in Norditalien die Pest gewütet und mancherorts jeden zweiten Einwohner hinweggerafft hat, fehlen dort die Arbeitskräfte. Ostschwaben ist vom Schwarzen Tod weitgehend verschont geblieben, die neue Barchent-Weberei, eine Innovation aus Italien, löst zwischen Augsburg und Kempten ein lang anhaltendes Wirtschaftswachstum aus.

Auch der Weber Hans Fugger hat schon manchen Gulden beiseitegelegt, als er 1367 vom Lechfeld-Dorf Graben nach Augsburg übersiedelt. Mit den Vermerk „Fucker advenit“ registriert das Augsburger Steuerbuch die Ankunft, der Zuwanderer muss 44 Pfennig Vermögenssteuer zahlen, was auf einen beachtlichen Besitz schließen lässt.

Fugger merkt bald, dass mit der Weberei weniger zu verdienen ist als mit dem Handel. Er wird ein Weber-

Verleger, so genannt, weil er den Webern gegenüber in Vorlage geht: Er legt das Geld aus für den Kauf der Baumwolle in Venedig oder Genua, beliefert die Weber gegen Vorschuss, den diese mit den gewebten Tuchen begleichen. Der Händler wiederum exportiert diese Ware mit Gewinn. Ein Wirtschaften, das heute noch weltweit funktioniert und oft noch immer die gleiche Wirkung hat: Nicht der Hersteller, sondern der Händler hat den größten Profit.

Die Lagunenstadt Venedig wird für die Augsburger zum bevorzugten Handelsplatz. Unter den Ersten ist Hans Gfattermann, Zunftmeister der Weber und Schwiegervater von Hans Fugger. Ihre Geschäfte wickeln sie im Fondaco dei Tedeschi ab, der „Karawanserei der Deutschen“. Nur hier dürfen deutsche Kaufleute ihre Waren anbieten und verkaufen, doch Bargeld aus der Republik auszuführen ist ihnen verboten. So kaufen sie mit ihren oft stattlichen Erlösen Gewürze, Seide, Glas und Zucker, eben alles, was in Venedig angeboten wird und was sich in der Heimat wiederum gewinnbringend veräußern lässt. Von den 80 Gewölben und Lagerräumen im Fondaco verfügen die Fugger bald über zwei eigene Kammern.

1473, Dürer ist gerade zwei Jahre alt und Luther noch nicht geboren, lernt der junge Jakob Fugger wie andere Augsburger und Nürnberger Kaufmanns-Söhne auch in Venedig Kaufmannskunst, das Metall- und Finanzgeschäft sowie die Buchführung. Seine Söhne Ulrich und Jakob, den man später „den Reichen“ nennen wird, legen schließlich den Grundstock für das europaweite Netz von Fuggerschen Faktoreien und für den Einstieg ins Bankgeschäft. Dies beginnt mit einem kaiserlichen Besuch in Augsburg: Friedrich III. plant für seinen Sohn, Erzherzog Maximilian, eine standesgemäße Hochzeit, doch ihm fehlt das Geld für die →



Die güldene Kappe ist sein Markenzeichen: Jakob Fugger „der Reiche“ (1459 – 1525) war Bankier von Päpsten, Kaisern und Königen.



Noch heute unmittelbar neben der Rialto-Brücke an seinen fünf Bögen zu erkennen: Der Fondaco dei Tedeschi war in Venedig die Warenbörse der deutschen Kaufleute. 1484 bezogen die Fugger in dem imposanten Gebäude mit 80 Gewölben und Lagerräumen eine eigene Kammer.

Von Tizian für die Nachwelt dokumentiert: Kaiser Karl V., in dessen Reich die Sonne nicht unterging, ist 1548 zu Gast im Augsburger Fuggerpalais. Jakob Fugger hatte mit viel Geld des Kaisers Wahl unterstützt.



© Martin Kluger

notwendige Prachtkleidung. Ulrich Fugger stattet die beiden Habsburger und ihr Gefolge auf Kredit mit edlen Tuchen aus. Des Kaisers Dank sind die beiden goldenen und blauen Lilien, die fortan das Familienwappen zieren. Wenig später ist in einem Augsburger Ratsschreiben von der „bank von ulrichen fugger“ die Rede. Vier Worte, die als Geburtsurkunde der Fugger-Bank gelten.

Der aufstrebenden Bank ist es von Nutzen, dass einer der Fugger-Brüder als Schreiber in der päpstlichen Kanzlei in Rom tätig ist. Das schafft Prestige und einen Informationsvorsprung gegenüber der Konkurrenz. Auch das Geschäft floriert: Kirchliche Würdenträger aus Deutschland führen ihre Abgaben an die päpstliche Kammer über die Bank der Fugger ab, für einige Jahre prägt die Fugger-Faktorei in Rom sogar die päpstlichen Münzen. Und 1505 ist es ein Fugger-Kredit über 5.000 Dukaten, mit dem Papst Julius II. die ersten 150 Schweizer Gardisten anwerben kann. Auch ihren dreiwöchigen Marsch über 700 Kilometer finanziert Fugger. Als der Papst im Jahr darauf mit dem Bau des Petersdoms beginnt und zur Finanzierung einen Ablass ausruft, wird der „Peterspfennig“ selbst aus Schweden, Norwegen und Island über die Fuggerbank nach Rom überwiesen. Doch der wuchernde und durchaus profitable Ablasshandel bringt der Bank auch heftige Kritik ein, nicht zuletzt von Martin Luther.

Neben Handel und Bank wächst mittlerweile der Bergbau zu einem viel versprechenden Geschäftszweig heran. Landesherren, die das Recht auf Ausbeutung der Erzgruben haben, reichen dies gegen Kredite weiter. Gold und Silber zu verarbeiten und mit ihm zu handeln, bringt den Kreditgebern satte Renditen ein. Die Fugger engagieren sich vor allem in Tirol. Der Silberbergbau in der Gemeinde Schwaz, nur 20 Kilometer von Innsbruck mit sei-

nem Goldenen Dachl entfernt, entwickelt sich zum größten und ertragreichsten in Europa. Zeitweilig holen über 10.000 Knappen das Silber- und Kupfererz aus den Gruben. Mit mehr als 20.000 Einwohnern ist Schwaz um 1510 nach Wien der zweitgrößte Ort in Österreich. 24 Jahre davor prägte die Münze im nahen Hall den ersten Taler, den Namensgeber für alle folgenden Taler und den Dollar. Ein Pfennwerthandel, den Anton Fugger, Neffe und Nachfahr von Jakob Fugger „dem Reichen“, einführt, sichert die Versorgung der Bergleute.

Das Geschäft mit dem Bergbau läuft fast zwei Jahrhunderte, die Augsburger sind in Ungarn ebenso erfolgreich wie im heutigen Südtirol, wo sich Sterzing noch heute „Fuggerstädtchen“ nennt. Doch auch mancher Rückschlag ist zu verkraften, wie beim ungarischen Handel, als 1525 die dortigen Knappen für mehr Lohn protestieren: Der ungarische König Ludwig II., der bei den Fuggern tief verschuldet ist, nutzt die Unruhen dafür, die Fugger zu enteignen und so auch seine Schulden los zu werden. Die moderne Variante heißt Schuldenschnitt.

Es ist auch eine erste Zeit der Globalisierung. Kolumbus hat Amerika entdeckt, Handelsexpeditionen starten nach Ost und West, zu den „beiden Indien“. An der ersten Ostindienfahrt dreier deutscher Handelsschiffe im Jahr 1505, die unter der Führung der Familie Welser organisiert wird, beteiligt sich auch Jakob Fugger, der Pfefferhandel wird zu einem neuen Geschäftszweig. Fuggersche Faktoreien entstehen im indischen Goa und im mexikanischen Yucatan. Daneben beginnt der Handel mit Juwelen, Gemälden und Büchern zu blühen. Stiche von Dürer werden vertrieben, aber auch Schläger und Bälle für die tennisbegeisterten Wittelsbacher Ferdinand und Wilhelm über einen Agenten in Antwerpen besorgt.



In Tirol bauten die Fugger Erz ab und prägten auch Münzen, wie den Goldgulden mit dem Bildnis von Kaiser Maximilian I.



Die „Fürst Fugger Privatbank“, die im vergangenen Jahr ihr 525-jähriges Bestehen feierte, betreut rund 5.000 vermögende Privatkunden. Neben ihrem Hauptsitz in Augsburg ist sie in München, Nürnberg, Stuttgart, Köln und Mannheim vertreten. Die Familie Fugger ist nur noch mit einem geringen Prozentsatz an der Bank beteiligt, den größten Teil der Anteile hält die Nürnberger Versicherungsgruppe.



Schon vor 500 Jahren nahmen die Fugger den Seehandel mit „den beiden Indien“ auf. Die Karte zeigt die Routen der Augsburger Handelshäuser Fugger und Welser nach Amerika, Afrika und Indien.

Staatsschulden, die Länder wie Griechenland oder Portugal in die Knie zwingen und den gemeinsamen Euro gefährden, sind auch auf der Schwelle zur Neuzeit ein drückendes Problem der Herrscher. Für die großen Bankhäuser ist die Finanznot der Herrschenden damals wie heute ein verlockendes, aber auch riskantes Geschäft. Kredite für Kaiser und Könige sichern den Machtanspruch der Habsburger – und Fugger hat beim Aufbau dieses neuen Weltreiches, in dem die Sonne nie untergeht, einen entscheidenden Einfluss.

Fuggers Kredite für Kaiser und Könige sichern den Machtanspruch der Habsburger, das Augsburger Bankhaus hat entscheidenden Einfluss beim Aufbau eines neuen Weltreiches, in dem die Sonne nie untergehen wird. Kaiser Maximilian ist 1519 gestorben, sein Enkel Karl, bereits König von Spanien, will Nachfolger werden. Doch auch seine Kollegen Franz I. (Frankreich) und Heinrich VIII. (England) spekulieren auf Europas wichtigste Krone. Das Kurfürstenkollegium aber wählt Karl einstimmig, was vor allem mit dessen 852.000 Gulden Wahlgeldern zu tun hat. Eine immense Summe, zu der Jakob Fugger den Löwenanteil von fast 550.000 Gulden beigetragen.

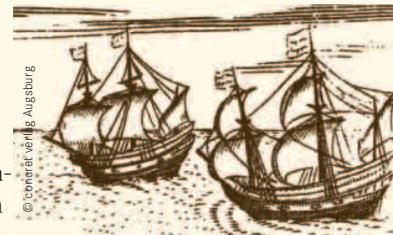
Einen Teil der Schuld begleicht der frisch gekrönte Kaiser mit den Rechten an ertragreichen Zinn- und Quecksilberminen im spanischen Kastilien. Ein gutes Geschäft für Fugger. Noch wichtiger aber ist die enge Verbindung zum mächtigsten Mann der Welt. Der Habsburger ist auch zu Gast bei Fuggers in Augsburg. Ein bemerkenswerter Besuch, den Tizian später auf der Leinwand festhalten wird. Als aber der Monarch mit der Tilgung in Verzug gerät, wird der Bankier deutlich. „Es ist allgemein bekannt und liegt offen zutage, dass Eure Kaiserliche Majestät die römische Krone ohne mich nicht erlangt hätte“,

ist im unmissverständlichen Mahnschreiben zu lesen. Majestät begleicht sogleich.

Jakob Fugger, inzwischen durch den Kauf der Grafschaft Marstetten in den Adelstand aufgestiegen, kennt sich aus mit gekrönten Häuptern. Der Ungarn-König Ferdinand I., die England-Könige Heinrich VIII. und Eduard VI. sind seine Schuldner, selbst Königin Elisabeth I. bekommt einen Fugger-Kredit. Die englische Krone steht bei Fugger zeitweise mit bis zu einer Million Gulden in der Kreide.

Auch die einst mächtigen Welser, zeitweilig stärkste Konkurrenten, müssen bei Fugger anknöpfen. Als die Welser 1614 in Konkurs gehen, sind die Fugger die größten Gläubiger. Doch nach spanischen und französischen Staatspleiten kämpfen auch sie mit Problemen, aber keine ihrer zahlreichen Gesellschaften geht jemals bankrott. Sie achten schon frühzeitig auf Nachhaltigkeit und legen einen erheblichen Teil der Gewinne in Grund und Boden an, zudem sichert das Privileg eines Fideicommiss das Familienvermögen. Auf Dauer gesichert ist auch die Fuggersche Stiftung, die über Jahrhunderte hinweg die Augsburger Fuggerei, die älteste noch bestehende Sozialsiedlung der Welt, bis heute finanziert.

Die Fürst Fugger Privatbank und die Fuggerhäuser sind noch heute Zeugen eines großen Wirtschaftserfolgs vor einem halben Jahrtausend. Und was um 1500 den Aufstieg ermöglicht, ist noch immer die Voraussetzung für Aufschwung und Wohlstand: günstige Verkehrswege, mutige und tatkräftige Unternehmer, gut ausgebildete Arbeitskräfte – und ausreichend Finanzmittel, um das große Rad der Wirtschaft in Schwung zu bringen. Geld war und ist dafür der Treibstoff, ohne den jeder Wirtschaftsmotor erst stottert und dann stillsteht. ▲



© Coverart Verlag Augsburg



Harald Fuchs ist Persönlich haftender Gesellschafter und Mitglied des Vorstands der Fürst Fugger Privatbank Kommanditgesellschaft. Er studierte Wirtschaftswissenschaften und begann nach dem Studium bei der Bayerischen Vereinsbank. 1990 wechselte Fuchs zur Fugger-Bank und stieg 2008 in den Vorstand auf.

Ein „glanzvolles Kapital europäischer Wirtschaftsgeschichte“ nennt Martin Kluger seinen kleinen, reich bebilderten Band über Beginn und Blütezeit der Fugger-Bank. Es ist zugleich ein Beleg für die enge Verflechtung zwischen Politik und Kapital zu Beginn der Neuzeit.



Martin Kluger
Die Bank der Fugger
context medien und verlag, Augsburg
52 Seiten, 14,90 Euro

Höhenflug im Sitzen

Aufgewachsen in einem Dorf bei Lindau, will der junge Udo hoch hinaus. Bei der Lufthansa hat er die Aufnahmeprüfung zur Pilotenausbildung bereits bestanden, da beendet Blitzweis am Nikolaus-tag 1966 alle hochfliegenden Pläne. Reiters Käfer kracht gegen einen Baum, der Fahrer ist querschnittgelähmt, das Weiterleben gelingt mühsam zwischen Hoffen und Bangen. Im Rollstuhl setzt Reiter sein Studium fort und beendet seine Doktorarbeit, dann aber besorgt er sich eine Pistole und formuliert den Abschiedsbrief an die Eltern. Er drückt nicht ab. Was danach geschieht, gehört zu den unglaublich, aber wahren Geschichten, die – wie man so schön sagt – das Leben schreibt. Ein- und Aufstieg beim Bayerischen Rundfunk, wird Hörfunkdirektor und Entdecker von Thomas Gottschalk. Er hat die Schneid, nach der Wende das Angebot anzunehmen, für Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt den Mitteldeutschen Rundfunk MDR aus dem Nichts aufzubauen. Udo Reiter ist blitzgescheit, heiter und selbstironisch zugleich. Er erzählt locker von den unzähligen Mühsalen, die ein Sitzenbleiber im Vergleich zum Fußgänger zu ertragen hat. Und er beschreibt mit noch immer nacheilendem Erstaunen die Aufbaujahre in Leipzig. Ein starkes Buch über ein ziemlich tolles Leben.



Udo Reiter

Gestatten, dass ich sitzen bleibe

Aufbau Verlag, Berlin, 248 Seiten, 19,90 €



Volker Klüpfel, Michael Kobr

Herzblut

Kluftingers neuer Fall

Droemer Verlag, München 400 S., 19,99 €

Blutige Heimat

In der Heimat ist schön morden. In zahlreichen Regionalkrimis zieht sich quer durch Bayern eine literarische Blutspur: In der Schoppenfetzerei-Reihe lässt Günther Huth seinen Kommissar Rottmann Tote im Rotweinfass finden und Mördern im Weinberg nachjagen. In den Alpenkrimis von Jörg Maurer sterben die Opfer, wo andere Urlaub machen, sein Kommissar Jennerwein spürt eine Leichen-Mafia auf und fahndet nach einem verschwundenen BKA-Ermittler. In Niederbayern schockt das „Waldsterben“, in Ingolstadt droht das „Donaugrab“. Der Star aller Regionalkommissare aber ist Kluftinger aus dem Allgäu, ein kauziger Ermittler, der mit jedem neuen Fall die Bestsellerlisten erklimmt und inzwischen auch als TV-Kommissar die Bildschirme erobert hat. „Herzblut“ ist der nunmehr achte Schwaben-Krimi des Autoren-Duos Volker Klüpfel und Michael Kobr. Wieder wittert Kluftinger das Verbrechen, wenn Kollegen ihn noch verspotten. Brutale Morde schocken das Allgäu, eine große Blutlache im Wald bringt Kluftinger auf die Spur. Mit „Herzblut“ beginnen die Autoren auch an ihrer skurrilen Figur zu feilen, schocken ihn mit Herzschmerzen und entwöhnen ihn von Schweinsbraten und Leberkäs-Semmeln. Am Ende ist der Fall gelöst und Kluftinger um viereinhalb Kilo leichter.

Grausame Hände

Es hätte ein heiteres Buch werden können: In der chinesischen Provinz Nordost-Gaomi eilt die junge Ärztin Gugu auf ihrem Fahrrad zu den Gebärenden, befreit sie von den Quacksalbern und hilft mit Eifer und Sachkunde Hunderten kleiner Chinesenkindern auf die Welt. Aber es wird ein Buch voller Grausamkeiten: In der Kulturrevolution noch verfolgt, wird Gugu zur glühenden Mao-Kommunistin und exekutiert dessen Ein-Kind-Politik gnadenlos und brutal an verzweifelten Schwangeren. Viel Blut klebt an den Händen der einstigen Hebamme. Mo Yan, Literaturpreisträger 2012, lässt den Ich-Erzähler schonungslos und ohne Emotion von seiner Tante Gugu berichten. Ein großes Erzählwerk über eine kalte Ideologie, eine beklemmende Abrechnung mit den unmenschlichen Folgen der chinesischen Bevölkerungspolitik. Und eine neue Erkenntnis für alle, die im vergangenen Jahre die Vergabe des Literaturpreises an Mo Yan kritisiert hatten, weil dieser kein Dissident ist. Regimetreu ist dieses 2009 in China erschienene Buch wahrlich nicht.



Mo Yan

Frösche, Roman

Carl Hanser Verlag, München 509 S., 24,90 €



Bild-Edition

Verbotene Bücher

10 Bände

Im Schuber 75 €

Einzeltitel je 9,99 €

Wider das Vergessen

Der Schuber schwarz wie Ruß, die Einbände der zehn Bücher ebenso. Darüber gestempelt „Verboten!“ in roter Frakturschrift. So kommt das traurigste und notwendigste Buchprojekt dieses Jahres daher: Mit der Sonderedition „Bibliothek der verbotenen Bücher“ erinnern die Bild-Zeitung und die deutsche Buchbranche an die Bücherverbrennung am 10. Mai vor 80 Jahren. Auf dem Königsplatz in München, dem Opernplatz in Berlin, dem Römerberg in Frankfurt. „Die Feuerbrannten“, schrieb Erich Kästner. In der „Aktion wider den undeutschen Geist“ verbrannten, von Studentenschaften organisiert, Nazi-Horden Zehntausende Werke verfemter Autoren und setzten ein Fanal: „Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“, hatte Heinrich Heine schon ein Jahrhundert davor gewarnt. Sein Satz sollte auf schreckliche Weise Wahrheit werden. Der schwarze Schuber mit den zehn meist weltbekanntesten Autoren ist ein kräftiges Zeichen wider das Vergessen und für die Kraft der Bücher. Den Machern gebührt Dank und Respekt, die Käufer haben zudem ein zehnfaches Lesevergnügen von Tucholsky über Feuchtwanger bis Brecht.

Zwillingssterne

Nikolaus Bachler

Sie strahlen als Zwillingsterne, ohne sich je zu berühren.

Die Dioskuren am Opernhimmel, die weltweit jeden Abend nebeneinander auf den Bühnen existieren – Wagner oder Verdi? Fisch oder Fleisch, Meer oder Berg, Sonne oder Stern? Die Entscheidung für einen der beiden macht Opernfreunde zu Sektenangehörigen. Man ordnet sich einer Gruppe zu, die die jeweils andere als zu primitiv (Verdi) beziehungsweise als zu gewalttätig oder intellektuell (Wagner) empfindet.

Kann man diese komplett verschiedenen Angebote, mit den Fragen des Lebens umzugehen, in einen konstruktiven Kontrast bringen?

Verdi setzt auf direktes, emotionales Erleben der Tragik, der Träume, Ekstasen und Konflikte der Figuren. Bei Wagner liegen die Räusche und Konflikte irgendwo im Klangmeer zwischen den Figuren. Er benutzt das Drama zur Realisierung

Gedanken zum 200. Doppelgeburtstag von Wagner und Verdi

einer weltanschaulichen Analyse. Dieses kaum erklärbare Mehr macht Wagner geeignet, Kult zu werden. Verdi war nie Kult. Verdi geht über die Story. Wagner schafft Weltbilder, Verdi Menschenbilder. Verdi braucht Mitarbeiter, Arbeitspartner, sucht den Dialog. Wagner braucht vor allem Zuhörer und Bewunderer.

Im Alter schreibt Wagner seinen *Parsifal*, eine reichlich lebensferne Meditation über die Erlösung. Verdi schreibt *Falstaff*, eine lakonisch traurige Betrachtung über das Altwerden. Persönlich, human, lebensnah.

Und so strahlen sie als Zwillingsterne. Sie erzeugen sich Licht und Schatten, ohne sich je zu berühren. ▲

Nikolaus Bachler ist Intendant der Bayerischen Staatsoper München. Nach neun Intendanten-Jahren am Wiener Burgtheater, wechselte Bachler 2008 nach München, im vergangenen Jahr wurde sein Vertrag bis 2018 verlängert.

Der Schwierige: Richard Wagner, geboren am 22. Mai 1813 in Leipzig, gestorben am 13. Februar 1883 in Venedig.

Der Populäre: Guiseppe Verdi, geboren am 9. oder 10. Oktober 1813 in Le Roncole im Herzogtum Parma, gestorben am 27. Januar 1901 in Mailand.



Begeisterte Wagnerianer: FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle mit Ehefrau Angelika im vergangenen Jahr bei „Holländer“-Premiere in Bayreuth.

Provokation Bayreuth

Zu den Jubiläums-Festspielen ein Interview mit dem Opern-Fan Rainer Brüderle

Zum 200. Geburtstag von Richard Wagner: FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle im Peutinger-Interview über das Schaulaufen in Bayreuth, den musikalischen Revolutionär Wagner und nachhaltige Bauwerke wie Neuschwanstein und Stuttgart 21. Mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag sprach Peutinger-Chefredakteur Peter Schmalz.

Der Peutinger: Applaus im Festzelt und auf dem Parteitag – ist nicht das die schönste Musik für einen Politiker?

Rainer Brüderle: Es stimmt schon: Applaus kann einen bestätigen, Applaus gibt Kraft. Wenn man jubelt wird für etwas, von dem man selbst überzeugt ist, dann klingt das sprichwörtlich fast wie Musik in den Ohren. Aber auch für einen Politiker bleibt die „echte“ Musik die schönste Musik. Jedenfalls für mich. Und was den Applaus angeht: Vor allem ist es wichtig, sich nie auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern den Applaus als Anreiz zu verstehen, für seine Überzeugungen weiterzukämpfen. Das gilt für Politiker wie für jeden anderen Menschen.

DP: Wenn es im Bundestag mal wieder richtig nervig war – welche Musik bringt Ihnen Entspannung?

Brüderle: Ich bin gerne Mitglied des Deutschen Bundestages. Wir sind ein sehr stolzes Parlament und haben uns in dieser Legislaturperiode mehr Rechte erkämpft als jedes demokratische Parlament in Deutschland zuvor. Aber auch wenn meine Arbeit spannend ist und mir viel Freude macht, sind manche Tage einfach sehr lang. Dann erhole ich mich gern bei guter Musik. Ich höre durchaus viele verschiedene Musikrichtungen. Da darf es ein klassisches Konzert sein, je nach Stimmung aber auch einmal der bunte Mix der Rock- und Popmusik. Bei letzterer freut mich besonders, dass in den letzten Jahren zunehmend deutschsprachige Songs wieder populär geworden sind und häufiger gespielt werden.

DP: Wer entscheidet, welche Konzerte oder Opern Sie besuchen: Sie oder Ihre Frau?

Brüderle: Das entscheiden wir zusammen. Meine Frau und ich sind seit über 30 Jahren verheiratet. Die Musik verbindet uns natürlich auch. Wenn einer von uns ein Konzert- oder eine Opernankündigung sieht, die ihn interessiert, dann schauen wir, ob wir es terminlich schaffen, zusammen hinzugehen. Wenn ich mehr Zeit hätte, dann würde ich auch öfter ins Konzert gehen. Dieses Live-Erlebnis in einem schönen Festspielhaus ist einfach durch nichts zu ersetzen.

DP: Erinnern Sie sich noch an Ihren ersten Bayreuth-Besuch?

Brüderle: Ja, das war vor ca. 20 Jahren. Die Stimmung hat meine Frau und mich von Anfang an begeistert. Und die Aufführung war etwas ganz Besonderes. Damals wurde Tannhäuser gespielt.

DP: Stört es Sie, dass man über Sie und andere Ehrengäste in Bayreuth sagt: Die gehen ja nur hin, um gesehen zu werden?

Brüderle: Es ist ja gerade anders herum: Man geht nach Bayreuth, um etwas Außergewöhnliches zu sehen. Und das sind die Wagner-Aufführungen immer. Bayreuth ist ein großartiges Erlebnis. Wer einmal dabei war, will auch beim nächsten Mal wieder dabei sein. Mir geht es nicht ums „Sehen und Gesehen werden“. Dass die Festspiele von der bunten Presse vor allem als Promi-Event wahrgenommen werden, liegt in der Natur des Boulevards. Stören tut mich das nicht. Ich genieße die Aufführungen und die wunderbare Atmosphäre.

DP: Wagner war ein Revolutionär, er musste sogar mal das Land verlassen. Ein liberales Vorbild?

Brüderle: Wagner war eine genauso geniale wie umstrittene Persönlichkeit. Seine Werke sind Ausgangspunkt der Modernen Musik. Wagner hat die Harmonik in den Vordergrund seines Schaffens, in die Musik gerückt. Das war revolutionär. Wie kaum ein anderer Künstler hat Wagner polarisiert. Thomas Mann hat ihn als „luxusbedürftigen Revolutionär“ bezeichnet. Seine Motivation war eine sich stets wandelnde Mischung aus humanistisch-aufklärerischer Revolution gegen Aristokratie, aus romantischen Aspekten wie der Rückkehr zur Natur und der Ablehnung der Industrialisierung, aber auch aus nationalistischen Phantasien von der totalen Einheit einer Rasse oder eines Volkes. Liberal ist das nicht. Gerade letzteres Gedankengut lehnen wir Freien Demokraten mit Vehemenz ab. Aber eine Vorbildfunktion in der Musik würde ich ihm in aller Bescheidenheit allemal bescheinigen.

DP: Der Ring der Nibelungen steht im Mittelpunkt der diesjährigen Jubiläumsfestspiele. Der Ring, der die Macht über die Welt verleiht: Ein Sehnsuchtsstück für Politiker?

Brüderle: Sicherlich nicht. Der Ring bringt letztlich nur Unheil. Macht muss geteilt werden. Jeder muss Einfluss haben können auf das Umfeld, in dem er lebt. Fremdbestimmung schafft Ungerechtigkeit, und ein Ungleichgewicht in der Machtverteilung birgt eben diese Gefahr. Ein Politiker muss von Demokratie und Pluralismus überzeugt sein und diese leben.

DP: Wotan kommt in Probleme, weil er uneinhaltbare Verträge einhalten will. Erinnert Sie das nicht an die Krisenlage in Europa?

Brüderle: Im Gegensatz zu Wotan hat sich in der Euro-Gruppe niemand eine Burg von zwei Riesen bauen lassen und den Erbauern als Bezahlung die Göttin Freia versprochen. Aber im Ernst: Die Krise in Europa hat nichts mit uneinhaltbaren Verträgen zu tun. Freilich war es nach der Einführung des Euros zunächst versäumt worden, Kriterien zu schaffen, damit die Währung stabil bleibt. Dadurch sind einige Euro-Länder in die Staatsschuldenkrise geraten. Diese Fehlentwicklungen müssen heute korrigiert werden, aber da sind wir auf einem guten Weg.

DP: Wagner-Enkel Wieland Wagner verglich Walhall einmal mit Wallstreet. Der Götterpalast als Spekulantenbude, in der um die Weltenmacht gezockt wird?

Brüderle: Sprachlich lässt sich eine Ähnlichkeit zwischen Walhall und Wallstreet sicher nicht bestreiten. Als Spekulantenbude würde ich den Börsenhandel aber nicht beschreiben. Richtig ist, dass es auf den Finanzmärkten Entwicklungen gegeben hat, die dem Gesamtsystem, der Weltwirtschaft schaden. Es gibt aberwitzige Finanzprodukte, Konstruktionen, Spekulationen, in denen Geld nur als flimmernde Ziffern am Monitor wahrgenommen wird. Wir haben schon einiges getan, um dies zu regulieren.

DP: Wagner zeigt: Macht und Liebe vertragen sich nicht. Politik ist Streben nach Macht. Bleibt dabei das Gefühl auf der Strecke?

Brüderle: Politiker sind Menschen. Das ist so banal wie wahr. Gefühle können nie auf der Strecke bleiben, auch wenn es äußerlich für manchen so aussehen mag, dass Politiker nur machtstrebend handeln. Wir haben eine große Verantwortung, müssen Entscheidungen treffen, die nie jedem Einzelnen gefallen können. Aber glauben Sie mir, wir machen uns keine Entscheidung leicht. Ohne Gefühle würde man als Politiker scheitern – wie auch jeder andere Mensch.

DP: Ohne die großzügige Hilfe von König Ludwig II. hätte Wagner sein Genie womöglich nie ausleben können. Mit welchem Gönner könnte er heute rechnen?

Brüderle: In Deutschland gibt es viele großzügige und uneitle Mäzene. Viele möchten gar nicht, dass ihr Engagement in Kunst und soziale Projekte bekannt wird. Das ist eine Form der Kultur- und Gesellschaftsförderung, die wir Liberale begrüßen und unterstützen. Bei der Finanzierung allein auf die Privatisierung zu setzen, reicht aber nicht aus. Deswegen fördern Bund und Länder Kulturschaffende und Kultureinrichtungen.

DP: Wegen seiner Unterstützung für Wagner und mehr noch wegen seiner Bauten wurde dem König Verschwendungssucht vorgeworfen. Waren es aber nicht nachhaltige Investitionen, an denen wir uns heute noch ergötzen?

Brüderle: Es liegt häufig in der Logik von nachhaltigen Investitionen, dass sie erst später als solche wahrgenommen und bestätigt werden. Das gilt für die vielseitigen und inspirierenden Bauwerke Ludwigs II. genauso wie für moderne Investitionen. Über Stuttgart 21 heißt es ja auch, dass das Projekt verschwenderisch sei. Bei der Planung und Kommunikation hat es Probleme gegeben. Das lässt sich nicht bestreiten. Aber ich bin mir sicher, dass wir in einigen Jahren, wenn der Bau abgeschlossen ist, zurückschauen werden und die Nachhaltigkeit des Projekts schätzen werden.

DP: Ratten im Lohengrin, Biogasanlagen beim Tannhäuser und in diesem Jahr der gefürchtete „Stückertrümmerer“ Frank Castorf als Ring-Regisseur. Erlebten Sie schon Bayreuther Abende, bei denen Sie am liebsten aufgestanden und gegangen wären?

Brüderle: Die Inszenierungen waren in den letzten Jahren sehr vielfältig, manchmal auch provokant, wenn ich zum Beispiel an Christoph Schlingensief denke. Ich würde aber nie vor dem Ende aufstehen und gehen, denn gerade bei Wagner-Opern kann ein gelungenes Finale den höchsten Kunstgenuss bedeuten.

DP: Welchen Wunsch haben Sie für Bayreuth im 200. Geburtstagjahr?

Brüderle: Großartige Festspiele, begeisterte Besucher mit Musik im Herzen und mindestens 200 weitere Jahre Bayreuth. ▲

Der fliegende
Holländer
Das Rheingold
Die Walküre
Siegfried
Götterdämmerung
Tannhäuser
Lohengrin



Auch mit 68 gilt der gebürtige Berliner Rainer Brüderle als einer der leidenschaftlichsten Wahlkämpfer der FDP. Ein Grund, weshalb der gebürtige Berliner Spitzenkandidat seiner Partei für den Bundestagswahlkampf wurde. Brüderle war elf Jahre Wirtschaftsminister in Rheinland-Pfalz und von 2009 bis 2001 Bundeswirtschaftsminister, bevor ihn die FDP-Bundestagsfraktion zu ihrem Chef wählte.

Opas Ängste im Schützengraben

Die Deutschen wollen wissen, was ihre Eltern und Großeltern im Krieg erlebt haben

Klaus G. Förg

Unsere Väter und Großväter waren im Krieg, irgendwo in Russland, Polen oder Frankreich. Und wenn sie das Glück hatten, zurückkehren zu können, waren sie zerschunden, körperlich wie seelisch. Über das, was sie wirklich erlebt hatten, wollten die meisten nicht sprechen. Verdrängung der Erinnerung als Selbstschutz. Zu brutal war das, was sie gesehen und getan hatten. Von meinem Vater weiß ich leider nur, dass er in Russland war, verletzt worden ist, in Gefangenschaft geriet und irgendwann einmal zurückkam.

Unsere Mütter und Großmütter blieben in der Heimat, und der Krieg war zunächst weit, weit weg. Aber mit den Kriegsjahren rückte er näher, anfangs durch gefallene Soldaten, die immer mehr Familien zu beklagen hatten, später durch die ersten Bomben, die auf die deutschen Städte fielen. Dass dies jemals geschehen würde, konnte man sich lange nicht vorstellen. Doch allmählich wichen Heiterkeit und Fröhlichkeit dem Schrecken und Grauen. Die Frauen hatten unvorstellbare Todesangst um ihre Männer, ihre Söhne, die irgendwo an der Front sinnlos verheizt worden sind, oft ohne den Ernst der Lage zu erkennen. So schrieb mein Onkel, ein 17- oder 18-jähriges Bürschchen, im Dezember 1944

wenige Tage vor seinem Tod an seine Mutter, dass man dem heranrückenden Amerikaner schon „eines draufbrennen“ würde. Zur tieferen Einsicht blieb ihm dann leider keine Zeit mehr.

In den 50er- und 60er-Jahren wurden zeitgeschichtliche Romane verfasst, die authentisch von den Erlebnissen der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg berichteten. Die Leser dieser Bücher waren vermutlich überwiegend Veteranen, die wissen wollten, welche Geschichten andere Soldaten aus dem Krieg mitbrachten. Doch allmählich fiel Staub auf diese Bücher, die Romane verschwanden schließlich in den Archiven. Nur „Das Boot“ von Lothar-Günther Buchheim erlebte 1975 vor allem durch die packende

Jahrzehntelang war das Leiden und Sterben der Wehrmachtssoldaten ein Tabu. Jetzt, wo nur noch wenige Zeitzeugen leben, wächst auch bei der Jugend ein neues Interesse, mehr über diese Schreckensjahre zu erfahren.



© David Sláma/ZDF – Unsere Mütter, unsere Väter



© A0002-008 Deutsches Wehrkundearchiv

Verfilmung einen unglaublichen Erfolg. Aber danach wurde es wieder ruhiger mit der Zeitgeschichte. Die historischen Fakten wurden zwar systematisch und fast lückenlos aufgearbeitet, sie bleiben aber Wissen für die Geschichtsbücher.

Wo aber sind die Emotionen geblieben? Die Gedanken der Soldaten, die im Schützengraben an ihre Eltern, ihre jungen Frauen, ihre Kinder dachten. Was haben sie gefühlt, als ihnen bewusst wurde, dass sie ihre Familien möglicherweise nie mehr wiedersehen werden, sich nicht einmal mehr von ihnen verabschieden können? Vieles werden wir nicht mehr erfahren, denn lange wurde geschwiegen, verdrängt, und jetzt leben die meisten nicht mehr, die es uns erzählen könnten.

Jahrzehntelang hat unser Volk gebraucht, das Grauen des Dritten Reiches zu verarbeiten. Wir schufteten – und schwiegen. Und entwickelten viele Jahre kein Nationalgefühl. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen blieben eingerollt. Erst im November 1989 wurden sie wieder geschwenkt, von den Ostdeutschen. Jahre später, beim deutschen „Sommermärchen“, der Fußballweltmeisterschaft im eigenen Lande, dann von allen. Da ist, über 50 Jahre nach dem Ende des Schreckensregimes, ein Nationalgefühl zurückgekehrt.

Und damit wuchs auch der Wunsch, mehr zu wissen über die eigene Geschichte. Vor rund zehn Jahren konnte ich bereits steigendes Interesse an authentischen Romanen feststellen, in denen Soldaten von ihren Erlebnissen und ihren Gefühlen während des Einsatzes in den Kriegsgebieten berichteten. Nur wenige aber wollten diese Romane verkaufen. Die Buchhändler schon gar nicht. Und Amazon war noch nicht erfunden. Der Buchversender Weltbild nahm einige Buchtitel ins Programm, doch trotz teils fünfstelliger Auflagenzahlen verbannte er sie wieder aus dem Angebot. Die Gesellschafter wollten kein Drittes Reich im Versandkatalog sehen.

Mittlerweile aber wurde Zeitgeschichte auch vom

Fernsehen entdeckt und brachte immer höhere Einschaltquoten. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst des ZDF-Redakteurs Guido Knopp, dem es gelang, Zeitgeschichte als eine ebenso spannende wie informative Unterhaltung zu gestalten. ARD und ZDF nahmen immer häufiger dokumentarische Spielfilme ins Programm, wie die Historienstücke „Rommel“ über den legendären „Wüstenfuchs“ oder „Adlon“ über das berühmte Hotel am Brandenburger Tor und seine Familie. Auch Jahrestagen wurde mit Spielfilmen und nachfolgenden Dokumentationen gedacht, wie zu Beginn des Jahres mit Film und Doku zum Reichstagsbrand. Die Nation bewegt hat erst kürzlich der Dreiteiler „Unsere Mütter – unsere Väter“. Drastisch wie nie zuvor wurde das sinnlose Leiden und Sterben an der Front gezeigt, wurden die Hoffnungen und die Ängste der Soldaten erlebbar, wurden die Verbrechen eines mörderischen Regimes offenkundig. Ein Schweigen scheint gebrochen. Spät, fast zu spät, denn in dem Moment, in dem die letzten Zeitzeugen von uns gehen, wollen wir sehen und lesen, was unsere Vorfahren, die uns erzogen haben, wirklich erlebt, gesehen, gefühlt und getan haben, in einer Zeit, die die Welt nicht vergessen kann – und darf.

Weil es aber fast niemanden mehr gibt, der über diese Zeit aus eigenem Erleben berichten könnte, ist der Buchversender Weltbild wieder ins Archiv gestiegen und hat einige frühere Bücher mit authentischen Berichten als Sammleredition „Soldatenschicksale“ ins Angebot genommen. Der erfolgreiche Start zeigt großes Interesse daran. Es sind keine Landsberggeschichten mit stupider Kriegsverherrlichung oder gar braungefärbte Kampfpropaganda. Es sind die Erzählungen von Menschen, die Schreckliches erlebt haben und darüber berichten, soweit es ihnen das Erinnern möglich macht. Und die Leser sind nicht Ewiggestrige, sondern Junge und Alte aus allen Gesellschaftsschichten und über Parteigrenzen hinweg. Jetzt, nach vielen Jahrzehnten, scheint für uns Deutsche die Zeit für Zeitgeschichte gekommen. ▲

Über sieben Millionen sahen den ZDF-Dreiteiler „Unsere Mütter, unsere Väter“, der dramatisch und drastisch die Hölle an der Front zeigte. Im Film erleidet der Schauspieler Tom Schilling als Soldat Friedhelm Winter (li.) das Grauen unterm Stahlhelm, in der Wirklichkeit starben über drei Millionen deutsche Soldaten einen grausamen „Heldentod“, eine weitere Million gilt noch heute als vermisst.



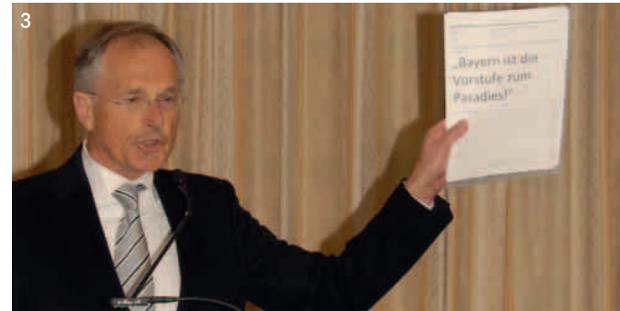
Erinnerungen an den furchtbarsten Abschnitt ihres Lebens: Mit der Sammler-Edition „Soldatenschicksale“ legt der Weltbild-Verlag eine Reihe von romanhaft verarbeiteten Zeitzeugenberichten von der Front neu auf. Darunter ist auch der Band „**Verwehte Spuren**“ von Franz Traut über die Erlebnisse von Gebirgsjägern an der Ostfront (12,45 €). Die Bücher der Edition kommen aus dem Rosenheimer Verlagshaus, das ebenfalls Zeitzeugenromane aus dem Zweiten Weltkrieg anbietet. So den Band „**Wo sind sie geblieben**“ von F. John-Ferrer (12,95 €). „Die Quelle für diese Bücher“, so Rosenheimer-Verleger Klaus G. Förg, „sind intensive Gespräche der Autoren mit ehemaligen Soldaten über ihre grauvollen Erlebnisse. Sie sind authentische Romane.“



Klaus G. Förg ist Chef des Rosenheimer Verlagshaus, das er von seinem Vater übernommen und ausgebaut hat. Er verfasste als Autor und Fotograf zahlreiche Bildbände darunter „Zauberhafter Chiemgau aus der Luft“, „Berlin“ und „Traumreise durch Namibia“.

Führende Zukunftsregion

Den Menschen in Bayern geht es so gut wie noch nie zuvor. Mit soliden Finanzen und der Kraft zur Zukunft gehöre Bayern nicht nur zu den wohlhabendsten Regionen der Welt, sondern sei auch das Chancenland Nr. 1, betonte Ministerpräsident Horst Seehofer vor dem Peutinger-Collegium, das zum politischen Abend ins Münchner Westin Grand geladen hatte. Eine erstklassige Infrastruktur sei Voraussetzung dafür, dass Bayern seine Spitzenposition auch künftig halten kann. Deshalb, so der bayerische Regierungschef, investiere der Freistaat auch zwei Milliarden Euro in die digitale Zukunft. Seehofers Vision laute: „Bayern als führende Zukunftsregion im digitalen Zeitalter.“



Kundengelder sicher verwahren

Langfristige Stabilität muss in Europa wieder Vorrang erhalten vor kurzfristiger Stabilisierung, forderte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), Georg Fahrenschon in seinem Vortrag vor dem Peutinger-Collegium in der Münchner BayWa-Zentrale. Die Finanzwirtschaft, die in der Krise viel Vertrauen verloren habe, müsse wieder die Akzeptanz der Menschen gewinnen und sich auf die alten Grundfunktionen von Kreditinstituten besinnen. Dies bedeute, so der frühere bayerische Finanzminister, dass die Geldinstitute die Einlagen der Kunden sicher verwahren und so anlegen, dass diese Einlagen zu volkswirtschaftlich sinnvollen Investitionen zur Verfügung stehen.



Foto: Justiz/München

2



Voller Zuversicht und Optimismus: Ministerpräsident Horst Seehofer spricht beim Peutinger-Collegium über „Solide Finanzen und Kraft zur Zukunft“ (Bild 1).

Peutinger-Präsident Dr. Marcus Ernst dankt dem Regierungschef (Bild 2).

Präsidiumsmitglied Robert Salzl heißt den hohen Gast willkommen (Bild 3).

Dialog mit den Zuhörern: Rechtsanwalt Alexander Grundner-Culemann, Leiter des Peutinger Mittagkreises, war einer der zahlreichen Fragesteller (Bild 4).

Auch Berlin hört zu: CSU-Bundestagsabgeordneter Dr. Hans Peter Uhl (Bild 5).

4



Von der Bayerischen Staatskanzlei: Christian Taubenberger, Persönlicher Referent und Dipl.-Ing. Rupert Odersky, Ministerialrat (Bild 6).

Rechtsanwalt Dr. Christoph Rückel, Ehefrau Michaela und CSU-Landtagsabgeordneter Georg Eisenreich (Bild 7).

Frohgestimmte Zuhörer: Japans Generalkonsul Akira Mizutani und der Arabella-Manager Reinhold Weise (Bild 8).

[Mehr über den Peutinger-Abend auf den Seiten 10 – 12.](#)

7



8



2



3



4



„Die Sparkassen: stark – stabil und sicher!“ Sparkassen-Präsident Georg Fahrnisch vor dem Peutinger-Collegium (Bild 1).

Florian Besold, Präsident Bayerische Volksstiftung, Peutinger-Schatzmeister Dr. Marcus Lingel und Präsidiumsmitglied Dr. Klaus Leipold (Bild 2).

Gastgeber des Finanz-Abends: Dr. Klaus-Josef Lutz, Vorstandsvorsitzender BayWa AG (Bild 3).

Juwelier Egmont Ernst und Peutinger-Conventor Ulrike Berner (Bild 4).

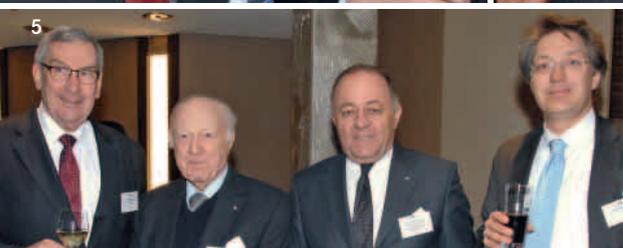
Gynäkologe Dr. med. Klaus Ihm, Luxemburgs Honorargeneralkonsul Dr. Ing. Hanns Maier sowie die Rechtsanwälte Dr. Klaus Werner und Christoph Löhner (Bild 5).

Brigitte Bühnen, Vorsitzende der WIR!Stiftung pflegender Angehöriger mit Rechtsanwältin Annette Zabransky (Bild 6).

Personalberater Dipl.-Ing. Tino van Elst (Bild 7).

[Mehr über den Peutinger-Abend auf den Seiten 25 – 27.](#)

5



6



7



Kein Zweifel an Solidarität

Die deutsche Politik zur Euro-Rettung muss besser erklärt werden, forderte Roland Berger beim Wirtschafts-Abend des Peutinger Collegiums in den Münchner Räumen der Donner & Reuschel-Bank. Der Aufsichtsrats-ehreuvorsitzende der von ihm gegründeten Unternehmensberatung Roland Berger Strategy verwies auf das schlechte Image Deutschlands vor allem in den Krisenstaaten, wodurch auch die deutsche Exportwirtschaft Schaden leiden könnte. An der deutschen Solidarität zur Euro-Rettung dürfe kein Zweifel bestehen, denn auch Berlin habe keinen Plan B: „Ein Deutschland ohne Euro-Zone und EU, Europa ohne den Euro – das mag man sich kaum vorstellen.“



Ungewöhnliche Wege gehen

„Nicht nur Jüngere sind innovativ.“ Beim Peutinger-Abend im Bayerischen Hof plädierte Prof. Dr. Marion Schick, Personalvorstand der Telekom, für einen Generationenvertrag in den Unternehmen: „Jüngere und Ältere bringen ihre Stärken ein und lernen voneinander.“ Dies sei nicht nur wegen der demographischen Entwicklung eine echte Chance für die Unternehmen. Nicht nur Frauen möchte sie Mut machen, „auch ungewöhnliche Wege zu gehen“. Geboren in Schrobenhausen, wurde sie erste Präsidentin der bayerischen Fachhochschulen, wurde Kultusministerin in Baden-Württemberg und ist seit Mai 2012 als Personalvorstand die starke Frau an der Telekom-Spitze.



„Kauft mehr US-Produkte“

Die USA sind für bayerische Exporte das Zielland Nummer 1, noch vor seinen europäischen Nachbarn und vor China. „Das beweist, wie clever die Amerikaner sind: Wir haben den Wert bayerischer Qualität erkannt“, scherzte der US-Generalkonsul William E. Moeller beim Peutinger-Abend im Garching Forschungszentrum von General Electric. Leider aber, fügte er hinzu, sei dies umgekehrt bei den bayerischen Importen aus den USA noch nicht der Fall: „Momentan liegen wir hier auf Platz vier hinter Österreich, China und Italien.“ Moeller versprach, mit seinem Team hart daran zu arbeiten, dass sich dies ändere, denn „das können wir nicht auf uns sitzen lassen“.



Foto: Jasta/München



„Europas Stärke liegt in der Gemeinschaft“: Prof. Dr. h.c. Roland Berger zum Thema „Europas Rolle in der Weltwirtschaft“ (Bild 1).
Begrüßte den Gast: Peutinger-Co-Präsident Prof. Dr. Bernd Grottel (Bild 2).

Sprach das Schlusswort: Gastgeber des Abends Donner&Reuschel-Vorstand Jörg Laser (Bild 3).

Desirée Goltermann, Donner & Reuschel und Christoph Urban (Bild 4).

Peutinger-Chefredakteur Peter Schmalz und Peutinger-Pressesprecher Bernd Nobis (Bild 5).



Intensiv im Gespräch: Dagmar Frein Horst-von Hunoltstein, Handlungsbevollmächtigter a.D., Dipl.-Ing. Karl-Heinz Schmid und Rudolf von Haniel (Bild 6).

Consulting-Manager Dr. Gerhard Schmidt, Dr.h.c. Erich Lejeune, Honorarkonsul von Irland, und Konstantin Brennkmeijer (Bild 7).



Die Zeit ist reif für einen neuen Generationenvertrag in Unternehmen“: Prof. Dr. Marion Schick, Personalvorstand der Deutschen Telekom AG (Bild 1).

Infos-Organisationsmanager Dr. Ulrike Dambmann (Leiterin) und Prof. Dr. Hannes Lachhammer (Bild 2).

Christian Stohbach, Direktor der St. Galler Kantonalbank in Deutschland, umrahmt von Masako Stroke (li.) und Gasteig-Geschäftsführerin Brigitte von Welser (Bild 3).

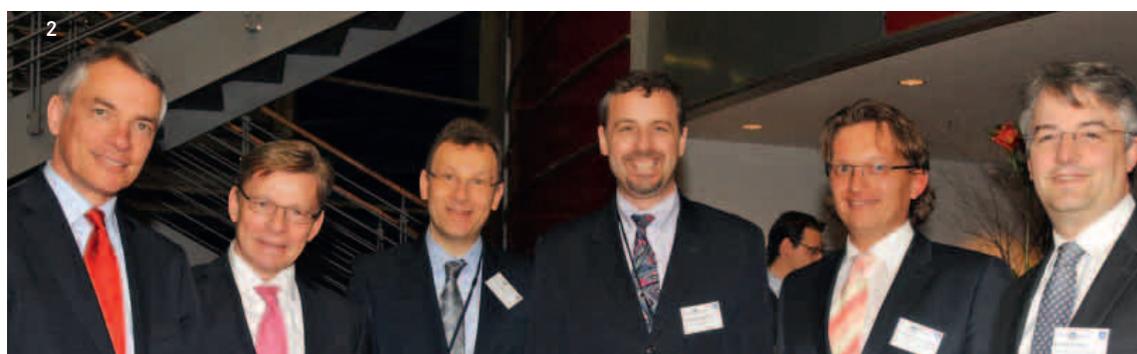


Sprach ein fulminantes Schlusswort: der ehemalige Bundespostminister Dr. Wolfgang Bötsch (Bild 4).

Begrüßte: Peutinger-Pressesprecher Bernd Nobis (Bild 5).

Beratungsexperte Michael Thies, Dr. Gisela Modersohn-Sprung, Präsidentin des Deutsch-Amerikanischen Frauenclubs, und Agentur-Chef Lutz Eckardt (Bild 6).

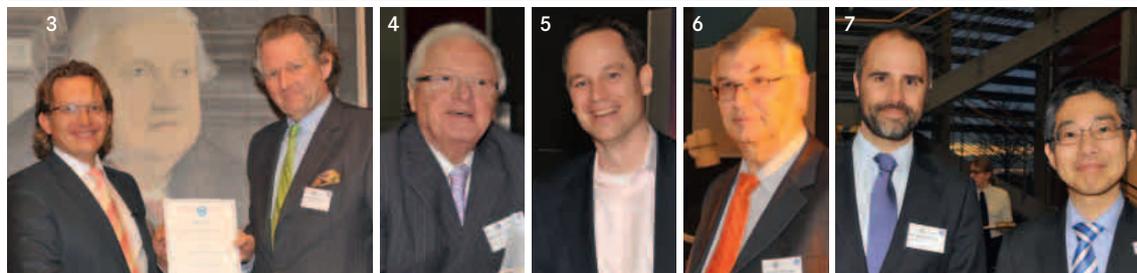
Peutinger-Prokurator Oliver Frank und Immobiliengutachter Dipl.-Kfm. Alexander Adam (Bild 7).



„Deutschland und die USA sind auch künftig Partner erster Wahl“: US-Generalkonsul William E. Moeller beim Peutinger Collegium (Bild 1).

Hausherr Dr. Carlos Härtel, Managing Director des europäischen Forschungszentrums von General Electric in Garching, Peutinger-Präsidiumsmitglied Dr. Klaus Leipold, GE-Manager Georg Knoth, Generalkonsul William E. Moeller, Peutinger-Präsident Dr. Marcus Ernst und Co-Präsident Prof. Dr. Bernd Grottel (Bild 2).

Dr. Marcus Ernst dankt Rechtsanwalt Dr. Christoph Rückel für sein Schlusswort (Bild 3).



Versicherungskaufmann Helmut Cudan (Bild 4), Robert Frank, Direktor bei Human Resources EMEA (Bild 5) und Vizepräsident a.D. Siegfried Dellinger (Bild 6).

Rechtsanwalt Michael Zoebisch mit dem japanischen Vize-Generalkonsul Shinsuke Toda (Bild 7).

Mehr über diese drei Peutinger-Abende in der nächsten Ausgabe.

Hochwasser fließt ab, die Not bleibt

Flutopfer sind weiterhin auf Spenden angewiesen

Jeder von uns hat noch die Bilder aus den deutschen Flutgebieten vor Augen – ganze Ortschaften, Städte und weite Teile von landwirtschaftlichen Flächen wurden von Donau, Isar, Inn, Elbe, Mulde und anderen Flüssen und Seen überflutet. Viele Menschen verloren ihr Hab und Gut und stehen noch immer vor dem Nichts.

Fischerdorf bei Deggendorf war besonders hart und lange betroffen. Hier versanken die Häuser bis zum Dachgiebel im Hochwasser. Unzählige freiwillige Fluthelfer haben in Tag und Nacht den Flutopfern geholfen, ihre Häuser auszuräumen und zu retten, was noch zu retten war. Oft aber haben die Fluten die gesamte materielle Existenz vernichtet, Möbel und Fußböden aufgequollen, Computer, Küchengeräte und selbst Autos unbrauchbar, persönliche Erinnerungsstücke nur noch Sperrmüll. Besonders betroffen sind junge Familien mit kleinen Kindern, deren neu gebaute Häuser als nicht mehr bewohnbar eingestuft werden mussten. Eine oft ausweglose Lage. Auch Landwirte und Gewerbetreibende, deren Hallen, Lager und Flächen überflutet wurden, stehen vor dem finanziellen Ruin.



Einzig der enorme Zusammenhalt und die Unterstützung durch Einsatzkräfte und Fluthelfer sowie die vielen Geld- und Sachspenden geben den schwer Geschädigten Kraft und Hoffnung. Auch viele Peutinger haben schon einen Beitrag zur Unterstützung der Flutopfer geleistet. Ganz im Sinne des Peutinger Collegiums, in dessen Leitlinien die „soziale Verantwortung“ manifestiert ist. Wenn jetzt das Hochwasser endlich abgeflossen ist, gerät die anhaltende Not der betroffenen Menschen allzu schnell aus dem Fokus. Doch Hilfe ist nach wie vor dringend notwendig. Deshalb appellieren wir nochmals an alle Peutinger, weiterhin zu spenden und auch Freunde und Bekannte zur anhaltenden Hilfeleistung zu ermuntern. Nur so können wir gemeinsam Not lindern und dazu beitragen, den Betroffenen wieder eine Perspektive zu geben. ■

Schutz künftiger Generationen: Theoretisch gewollt, praktisch verhindert

Hochkarätigen Besuch aus Ungarn hatten die Jungen Peutinger am 2. Mai bei Wind River. Dank des Engagements von Lukas Köhler, der auch als Mentée aktiv ist, konnte mit Sandor Fülöp einer der profiliertesten Experten zum Thema Nachhaltigkeit gewonnen werden.

Der promovierte Jurist wurde 2008 vom ungarischen Parlament zum ersten Kommissar für zukünftige Generationen gewählt. Als solcher stand er einem Gremium vor, dessen Aufgabe darin bestand, Vorhaben staatlicher Organisationen und privater Unternehmen unter Nachhaltigkeitsaspekten, vor allem auf Umweltverträglichkeit und Ressourcenschutz, zu untersuchen.

Exemplarisch stellte Fülöp Projekte vor, die von seinem Team überprüft und auch verhindert wurden, weil ihre Realisierung den Inte-

ressen künftiger Generationen, insbesondere dem Grundrecht auf eine gesunde Umwelt, zuwiderliefen: eine große Müllverbrennungsanlage in unmittelbarer Nähe eines Naturschutzgebieten, die Ausweitung von Golfplätzen mit dem Effekt der Grundwassergefährdung oder die Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Fülöp machte auch deutlich, dass die Schaffung des europaweit ersten Kommissariats zum Schutz künftiger Generation 2008 einerseits wegweisend war. Andererseits nahm die Kommission ihre Arbeit offenbar zu ernst und ihre kritische bis ablehnende Haltung zu vielen Großprojekten von Politik und Wirtschaft wurde von diesen zunehmend als Bedrohung empfunden. Nach einer massiven Kürzung der Mittel erklärte Fülöp, obwohl für acht Jahre gewählt, daher 2012 seinen Rücktritt. Seitdem engagiert er sich wieder als Rechtsanwalt in Umweltfragen und ist Ratsmitglied im World Future Council. ■

Bücher unserer Mitglieder

Reden mit Zinsgewinn

Die erfolgreiche Rede ist die »freie Rede«, wer abliest, kann keine Emotionen bei den Zuhörern wecken. Aus dieser Grunderkenntnis heraus haben der frühere Peutinger-Präsident Walter Beck und sein Sohn Julius ein Lehrbuch für Redner geschrieben. Beide sind Juristen und seit Jahren intensiv mit Rhetorik beschäftigt, Walter Beck auch als Rhetorik-Dozent. Ihr Fazit: Die gute Rede ist ein Erfolgspotential, das reiche Zinsen trägt.



Walter & Julius Beck

Reden ist mehr als Gold

Signum-Verlag,
260 Seiten,
19,99 €

Nachruf



Unerwartet und mit 64 Jahren viel zu früh verstarb am 26. Juni 2013 Peutinger-Conventor Roland Kahlenberg. Als Geschäftsführender Gesellschafter leitete er die Neubo Hausverwaltungs GmbH & Co. Betriebs-KG, die er 1972 in München aufgebaut hat. In einem Kondolenzschreiben an Ehefrau Monica und Sohn Mark würdigt Peutinger-Präsident Marcus Ernst den Verstorbenen: „Mit dem Dahingehen von Roland Kahlenberg verlieren wir im Peutinger Collegium einen treuen Conventor, der seit mehr als 25 Jahren bei beinahe jedem Festabend teilnahm. Er war uns ein interessanter und kurzweiliger Gesprächspartner und ein verlässlicher Freund und Kollege. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken geben.“

Ganz Bayern - für Sie!



HIMMLISCHE ENTSPANNUNG

Das Westin Grand München bietet alles, was anspruchsvollen Gästen ein Lächeln ins Gesicht zaubert: Genügend Raum zur Regeneration im 1.500 m² großen Arabella Spa, einen rund um die Uhr zugänglichen WestinWORKOUT® Fitness-Bereich, ein gesundes Ernährungskonzept sowie moderne Zimmer und Suiten mit den komfortablen Heavenly Beds®. Und selbst für Geschäftsreisende und Meetinggäste des flexiblen Konferenzbereichs gilt: Das Westin Grand München schafft es spielend einfach, dass sie auch nach anspruchsvollen Business-Trips regeneriert und entspannt das Hotel verlassen.

Erleben auch Sie den Westin Unterschied - im Westin Grand München.

WEITERE INFORMATIONEN UNTER 089.9264.0
ODER WESTINGRANDMUNICH.COM



THE WESTIN
GRAND
MÜNCHEN



Restaurant ZEN

Erleben Sie eine raffinierte internationale Küche mit modernen asiatischen Einflüssen.

ÖFFNUNGSZEITEN

Montag bis Samstag

Business Lunch: 12:00 - 14:30 Uhr

Dinner: 18:30 - 23:00 Uhr

Sonntag

Westin Sensual Sunday: 12:15 - 15:00 Uhr (Sommerpause bis 12.10.2013)

Sonntagabend geschlossen

T +49.89.9264.8110 E zen.restaurant@westin.com zen-restaurant.de

Paulaner's Wirtshaus mit Biergarten

Traditionell und doch am Puls der Zeit. Das Paulaner's Wirtshaus mit Biergarten verbindet typische bayerische Gemütlichkeit mit zeitgemäßer Ästhetik.

ÖFFNUNGSZEITEN

Montag bis Freitag

Business Lunch: 11:00 - 15:00 Uhr

Dinner: 15:00 - 24:00 Uhr (Küche bis 23:00 Uhr)

Samstag, Sonntag und Feiertags

17:00 - 24:00 Uhr (Küche bis 23:00 Uhr)

T +49.89.9264.8115 E grandmuenchen@westin.com paulaners-arabellapark.de